

Kooperation Gewerkschaften - Hochschulen

Schriftenreihe

herausgegeben

von der

Kooperationsstelle Oldenburg

Redaktion:

Manfred Klöpffer

6

Elke Suhr / Werner Boldt

**Lager im Emsland
1933 – 1945
Geschichte und Gedenken**

Elke Suhr

Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim
Aktionskomitee für ein Dokumentations-
und Informationszentrum Emslandlager e.V.

**Konzentrationslager, Strafgefangenen-
lager
Kriegsgefangenenlager im Emsland 1933
- 1945**

Werner Boldt

Vorsitzender des
Aktionskomitee für ein Dokumentations-
und Informationszentrum Emslandlager e.V.

**Die Emslandlager als Gegenstand
historisch-politischer Bildung**



#10: 342 Dms

Die vorliegende Arbeit wurde im Auftrag der Kooperationsstelle Oldenburg erstellt. Die Kooperationsstelle ist eine Einrichtung des DGB, die zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und DGB-Gewerkschaften beitragen soll. Sie ist Teil eines Forschungsprojektes „Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme“ in den fünf Städten Dortmund, Hamburg, Kassel, Oldenburg und Tübingen. Das Projekt wird durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und die Hans-Böckler-Stiftung finanziell gefördert. Projektträger ist der DGB-Bundesvorstand, Abteilung Gesellschaftspolitik.

Elke Suhr, Historikerin, Jahrgang 1954. 1. und 2. Staatsexamen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen im Jahre 1979. 1983 Abschluß eines Promotionsvorhabens über die Geschichte der Emslandlager 1933 - 1945. Mitglied der GEW, seit Juli 1984 Wissenschaftliche Betreuerin des „Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager“.

Werner Boldt, Prof. für Geschichte und ihre Didaktik an der Universität in Oldenburg; 1967 Promotion zum Dr. phil. in Heidelberg mit einer Arbeit über die württembergischen Volksvereine in der Revolution 1848/49; didaktische Veröffentlichungen insbesondere zur Integration von Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften, zur Arbeiterbildung und zur Friedenserziehung; Mitglied in der GEW und im BdWi.

hit

342

EM S

BE 1487



**Verlag: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität
Oldenburg, Uhornsweg, 2900 Oldenburg**

Satz: Oldenburger Stachel

Druck: Gegendruck

ISSN: 0176-8484

ISBN: 3-8142-0125-6

9 0176 8484
1487

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort	7
Elke Suhr: Konzentrationslager, Strafgefangenenlager, Kriegsgefangenenlager im Emsland	9
1. Einleitung	10
2. Emslandlager – „Staatliches Konzentrationslager Papenburg“	13
3. Emslandlager Esterwegen – Musterkonzentrationslager der SS 1933-1936	17
4. Emslandlager – Justizgefangenenlager 1934-1945	22
5. Emslandlager – Kriegsgefangenenlager 1939-1945	28
6. Die Emslandlager Dalum und Versen – KZ-Außenkommandos für den „Friesenwall“ 1944/45	30
7. Emslandlager Esterwegen – „Nacht- und Nebellager“ für westeuropäische Widerstandskämpfer	33
8. Emslandlager – Ihre wirtschaftliche Bedeutung	35
9. Widerstand und Selbstbehauptung	40
Werner Boldt: Die Emslandlager als Gegenstand historisch-politischer Bildung	45
1. Bildungsrelevante Wissensgebiete	47
2. Bildung zu Humanität	51
3. Gegenwartsbezüge	57
3.1 Neofaschismus	57
3.2 Antikommunismus	60
Exkurs: Warum Berning?	62
4. Die Emslandlager in der Regionalgeschichte	64
5. Wie arbeitet eine Gedenkstätte?	68
Literaturverzeichnis	73

Vorwort

In diesem Jahr veranstaltet der DGB-Kreis Aschendorf-Hümmling/Meppen auf dem Lagerfriedhof Esterwegen-Bockhorst eine Gedenkfeier für Fritz Husemann. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes wurde vor 50 Jahren im KZ Esterwegen ermordet. Vor den Augen der Mithäftlinge inszenierte die SS einen zynischen Mord. Die offizielle Meldung lautete wie üblich: „auf der Flucht erschossen“. Die Bergarbeiterjugend setzte in Zusammenarbeit mit dem DGB-Kreis Oldenburg 1963 auf dem Lagerfriedhof einen Gedenkstein für den KZ-Häftling und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. In der Wahl dieses Namens, der in der deutschen Öffentlichkeit fast vergessen war, offenbarte sich ein hohes politisches Bewußtsein der Gewerkschaftsjugend. Mit Ossietzky wurde an einen Mann erinnert, der weit über die Gewerkschaften hinaus als Repräsentant des deutschen Widerstandes gegen das Nazi-Regime gelten kann. Indem die Gewerkschaftsjugend Ossietzkys gedachte, machte sie deutlich, daß die Gewerkschaften nicht irgendeine Interessensgruppe sind, sondern als Massenorganisation der arbeitenden Bevölkerung Träger und Wahrer antifaschistischer, demokratischer Traditionen.

Obwohl der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Arbeit nach dem Zusammenbruch der Nazidiktatur besonders in der Vertretung der materiellen Interessen der Arbeitnehmer lag, sahen sie sich herausgefordert, gleich wieder gegen die sich bemerkbar machenden neofaschistischen Kräfte in der Politik zu wehren. Damals wie heute versuchten oder versuchen namhafte Politiker, jede Schuld an den unmenschlichen Verbrechen gegen politische Gegner, besonders gegen das jüdische Volk mit dem Hinweis, nichts gewußt zu haben oder auf ihre Generationszugehörigkeit abzuschütteln.

Es muß immer wieder deutlich gesagt werden, daß die nationalsozialistische Machtergreifung nur durch das Bündnis zwischen faschistischer Bewegung und weiten Teilen der konservativen Kräfte aus Politik und Großindustrie möglich war. In diesem Bündnis trafen sich die Absichten der Reaktionenäre und der Nationalsozialisten, die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Deshalb heute die Tendenz, möglichst vor den Konsequenzen dieser grausamen Zeit deutscher Geschichte auszuweichen, man will von nichts gewußt und endlich wieder seine Ruhe haben.

Aus diesen Gründen sind gerade die Gewerkschaften verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Schande deutscher Geschichte nicht vergessen wird. Vor 1933 waren sie leider infolge der im Nachhinein erkannten Uneinigkeit und Zerrissenheit nicht in der Lage, die nationalsozialistische Machtergreifung zu verhindern.

Um die Interessen der Arbeitnehmer vertreten zu können, bedarf es einer Politik in einem politischen System, in dem die Gewerkschaften die ihnen gebührende Anerkennung finden und in dem sie den ihnen als größte demokratische Organisation zukommenden Platz behaupten können. Die Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus haben die Frage der politischen Neutralität der Gewerkschaften neu und schärfer stellen lassen. Die Gewerkschaften sind gewiß neutral, insofern sie nicht einfach der verlängerte Arm einer politischen Partei sind. Sie sind aber

nicht politisch neutral, wenn es um die elementaren Interessen und Rechte der großen Massen des arbeitenden Volkes geht. Das erste Interesse besteht darin, den Frieden zu wahren und zu verhindern, daß die Wirtschaft, aber auch die Wissenschaft und die Gesellschaft überhaupt, in den tödlichen Sog einer wahnwitzigen Aufrüstung geraten.

Auf dem Gedenkstein der Oldenburger Universität stehen die Worte, die Ossietzky unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges schrieb:

„Wissenschaft und Technik waren nicht in erster Linie da zu helfen. Sie schufen Werkzeuge der Vernichtung, Werkzeuge gräßlichen Mordens. Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen“.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg war es in Deutschland möglich, daß Gewerkschaften und wissenschaftliche Hochschulen diesem Aufruf folgend einen Kooperationsvertrag schließen konnten. Mögen sie erfolgreich sein, ebenso wie das „Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager“ mit seiner antifaschistischen, auf eine friedliche und menschliche Welt ausgerichteten Bildungsarbeit. 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Befreiung vom Faschismus sind wir wieder verstärkt aufgerufen, für den Frieden, für den Wohlstand und für die Rechte des arbeitenden Volkes zu kämpfen.

Oldenburg, März 1985

Erwin Fritzsche

Elke Suhr
Konzentrationslager, Strafgefangenen-
lager, Kriegsgefangenenlager
im Emsland 1933 - 1945

Einleitung

Emslandlager - dieser Name steht für fünfzehn nationalsozialistische Gefangenenerlager, die in den Jahren 1933 - 1938 entlang der Ems zwischen Papenburg im Norden und Lingen im Süden errichtet wurden. Ihre wechselvolle Geschichte spiegelt die Entwicklungsetappen des NS-Herrschaftssystems wider.

In der Phase der gewaltsamen Durchsetzung der nationalsozialistischen Diktatur waren sie das größte „staatliche Konzentrationslager im Reich“. Dort sollte der Widerstand tausender politisch Oppositioneller gebrochen werden. Einflußreiche Politiker und Intellektuelle wurden hier inhaftiert.

Eines der Emslandlager, Esterwegen, wurde in das seit 1934 bestehende offizielle KZ-System unter zentraler SS-Verwaltung einbezogen und war bis 1936 neben Dachau bedeutendstes „Musterlager“ der SS. Dann wurde es im Zuge der Orientierung des Schutzhaftwesens auf die Erfordernisse des Krieges aufgelöst. Die Häftlinge aus Esterwegen mußten das große KZ Sachsenhausen in der Nähe der Reichshauptstadt bauen, das aus wehrstrategischen und sicherheitspolitischen Gründen von der Wehrmachtsführung gewünscht worden war.

Das leere Barackenlager in Esterwegen wurde ebenso wie bereits 1934 die emsländischen Lager Börgermoor, Neusußtrum und Oberlangen mit Justizgefangenen belegt. Dieser Funktionswandel der Lager ist Ausdruck der Bemühungen Görings und anderer führender Politiker, den NS-Terror formal zu legalisieren.

Nach Kriegsbeginn wurden in sieben Lagern zunehmend Militärstrafgefangene untergebracht, die zu „Störern“ der nationalsozialistischen Kriegspolitik und -wirtschaft geworden waren. Im Lager Esterwegen waren 1943/44 politische Untersuchungsgefangene und Widerstandskämpfer aus Belgien und Frankreich inhaftiert.

Acht Emslandlager wurden seit dem Herbst 1939 als Kriegsgefangenenlager genutzt.

Die Lager Dalum und Versen wurden noch im Herbst 1944 mit Häftlingen aus dem KZ Neuengamme bei Hamburg belegt, die Befestigungsanlagen für die deutsche Kriegsführung graben mußten.

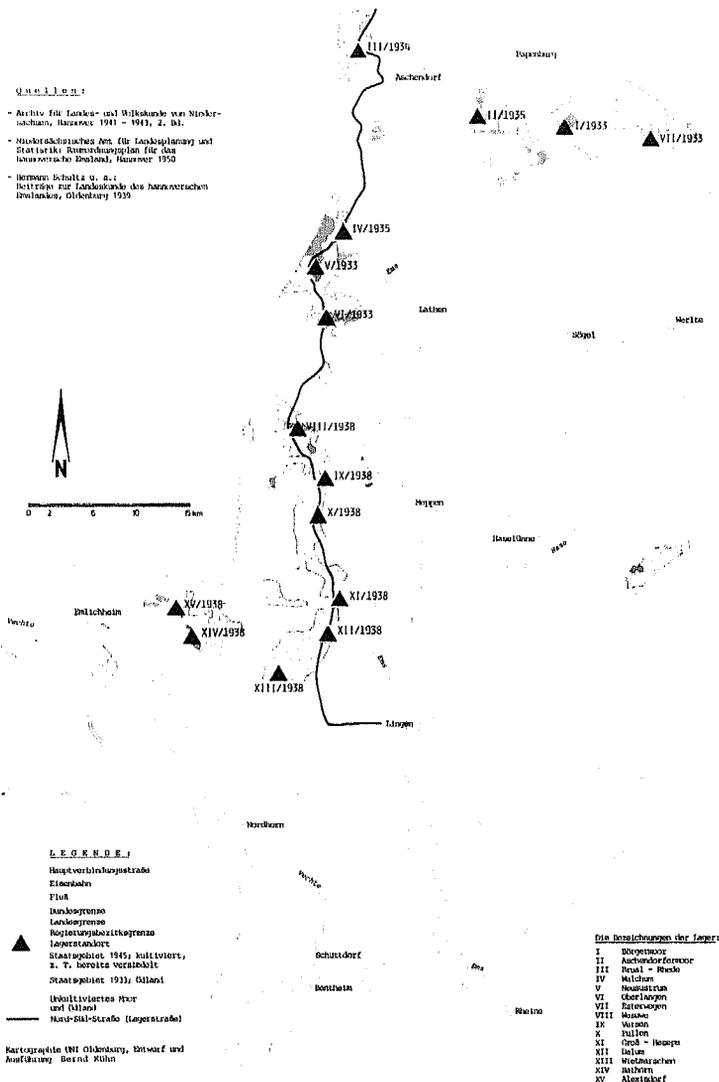
In der Vorkriegszeit war die wirtschaftliche Bedeutung der Lager entgegen aller Propaganda gering. Die Häftlinge mußten die riesigen emsländischen Moore kultivieren - mit Hacke und Spaten. Damit sollten die Haftvollzugskosten für die Justiz gesenkt werden. Auch waren die „Kultivierungsläger“ ein Prestigeprojekt nationaler Siedlungs- und Autarkiepolitik.

Die Emslandkultivierung durch Strafgefangene wurde obendrein ein wichtiges Propagandaunternehmen des NS-Systems in der Region, wenngleich die tatsächlichen Arbeitsergebnisse lächerlich gering blieben. Zuerst und vor allem Strafe sollte die anstrengende, sinnentleerte Gefangenearbeit sein. Ihre Effektivierung durch Dampfpflüge und andere große Maschinen wurde deshalb abgelehnt. In den Kriegsjahren trat ein wirtschaftlicher Wandel in der Funktion der Lager ein. Sie dienten dazu, ein Reservoir an „Menschenmaterial“ für Industrie und Landwirtschaft in der Region sowie für die Etappe verfügbar zu halten.

Die Emslandlager 1933-1945

Quellen:

- Archiv für Landes- und Volkskunde von Niedersachsen, Hannover 1911 - 1913, 2. Bd.
- Niedersächsisches Amt für Landeskultur und Statistik: Berechnungen für die landwirtschaftliche Ernte, Hannover 1950
- Hermann Schulte u. a.: Beiträge zur Landeskunde des hannoverschen Emslandes, Oldenburg 1939



Mindestens 2 378 Häftlinge starben in den Konzentrations- und Strafgefangenenlagern im Emsland 1933 - 1945. In den Kriegsgefangenenlagern kamen mindestens 14 250 und maximal 26 250 Menschen ums Leben.

2. Emslandlager – „Staatliches Konzentrationslager Papenburg“ 1933/34

„Zweck

Es bleibt jedem Schutzgefangenen überlassen, selbst darüber nachzudenken, warum er in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit gegeben, seine innere Einstellung zugunsten einer Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage zu ändern, oder, wenn es der einzelne für wertvoller hält, für die 2. oder 3. Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.“

(1)

Das war die Einleitung der Lagerordnung für das KZ Esterwegen im Emsland. Hier wie in den anderen nationalsozialistischen Konzentrationslagern wurden die politischen Gegner des NS-Regimes – Sozialdemokraten, Kommunisten, Bibelforscher – gefangen gehalten.

Ihre Ausschaltung hatte Hitler bereits wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler vor führenden Vertretern der Wehrmacht angekündigt:

„Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden.“ (2)

Der ersten Verhaftungswelle in der Nacht des Reichstagsbrandes fielen bereits 4 000 Antifaschisten zum Opfer. Sie wurden einen Tag später vom langjährigen Reichspräsidenten Hindenburg durch die Unterzeichnung der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ abgesegnet. Diese Verordnung setzte alle persönlichen Freiheitsrechte außer Kraft und legalisierte die sogenannte „Schutzhaft“. Damit wurde eine Rechtsgrundlage für die „vorbeugende“ Inhaftierung politisch Oppositioneller ohne Gerichtsurteil geschaffen. Art und Dauer der Haft blieben aus Gründen der Abschreckung unbestimmt. Am 31. Juli 1933 befanden sich bereits 26 789 Personen in „Schutzhaft“, davon 14 906 im Staat Preußen, zu dem seinerzeit das Emsland gehörte. (3)

Die Konzentrationslager waren einerseits notwendige Konsequenz der politischen Verfolgung: Die vorhandenen Gefängnisse und Zuchthäuser reichten bei weitem nicht aus, um alle politischen Schutzhaftgefangenen zu fassen.

Sie waren andererseits selbst wichtige Instrumente des Terrors. In ihnen sollten die Regimegegner zu gehorsamen „Volksgenossen“ umerzogen werden.

„KZ“ – die Nazis selbst erfanden diese Abkürzung wegen ihres bedrohlich scharfen Klages bei der Aussprache – wurden als Mittel der Einschüchterung auch nach außen hin wirksam: „Meckern darf, wer keine Angst hat, ins KZ zu kommen“, drohte Goebbels im „Völkischen Beobachter“. (4)

Deshalb wurden die Konzentrationslager auch keineswegs vor der Öffentlichkeit geheimgehalten. Im Gegenteil: Hämisch begrüßt die Ems-Zeitung im Sommer 1933 einen Transport von leerer Schutzhaftlingen in das KZ Börgermoor:

„Die Kommunisten, die von dem Abschieden wohl keine Ahnung gehabt haben

werden, sind sicher nicht wenig erstaunt gewesen, als sie heut nacht in aller Frühe aus dem Schlaf geweckt wurden. Sie werden nach der Zeit der Ruhe im hiesigen Gefängnis jede Gelegenheit haben, sich tüchtig auszukurieren. Von ihren kommunistischen Ideen werden sie im Lager wohl gründlich kuriert werden.“ (5)

Die emsländische und ostfriesische Presse brachte immer wieder „Neuigkeiten“ über die Lager: „Internierungslager bei Papenburg . . . Hier werden wir etwa 100 ‚Sommerfrischler‘ kommunistischer Gesinnung zu erwarten haben.“ (6), „Das neue Konzentrationslager im Emsland . . . Das größte Lager in Deutschland, das 3 000 - 4 000 Häftlinge aufnehmen kann“ (7), „Regel Verkehr-Esterwegen“ (8), „Aufträge für das Konzentrationslager.“ (9)

Unmißverständlich wurde dabei der Bevölkerung klar gemacht, daß jede Form des Widerstandes oder der Solidarität mit den Gefangenen ebenfalls direkten Weges ins KZ führen würde: „Volksverräter ins KZ“ lautete die Schlagzeile eines Artikels, der über einen Handwerker aus Jever berichtet, der Briefe für Gefangene - auch für einen Juden - geschmuggelt hatte.

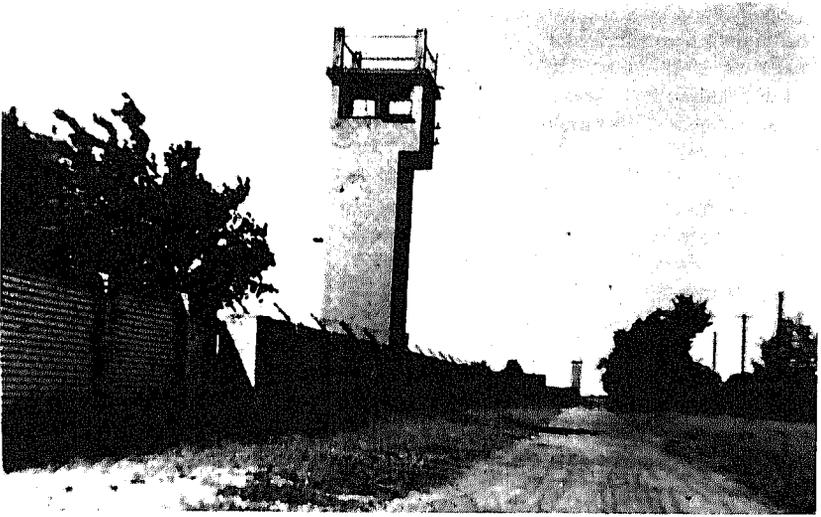
„Dem Hochverräter aber wird sicherlich im Konzentrationslager ausreichend Gelegenheit gegeben werden, über die Niedertracht seiner Tat nachzudenken.“ (10)

In der Phase der gewaltsamen Durchsetzung der nationalsozialistischen Diktatur 1933/34 waren die emsländischen Konzentrationslager die größte und bedeutendste Schutzhaftstätte des Reiches neben dem Lager Dachau bei München. Langfristig sollten hier nach den Planungen des preußischen Ministerpräsidenten Göring alle politischen Schutzhäftlinge Preußens in 8 - 10 Lagern untergebracht und zur Kultivierung der riesigen emsländischen Moorgebiete eingesetzt werden. Dabei rechnete man mit einer Dauerzahl von 10 000 KZ-Häftlingen.

Die Emslandlager waren von Anfang an Einrichtungen des preußischen Staates. Sie sollten die zahlreichen, verstreuten „wilden Konzentrationslager“ ersetzen, die gänzlich der Willkürherrschaft einzelner SS- oder SA-Stürme ausgeliefert waren, und in denen es immer wieder zu Ausschreitungen und Verselbständigungsversuchen des Wachpersonals kam.

Im Sommer und Herbst des Jahres 1933 wurden die Lager Börgermoor, Esterwegen und Neusustrum fertiggestellt und mit 4 000 politischen Gefangenen aus dem Rhein- und Ruhrgebiet belegt. Das Wachpersonal wurde größtenteils von SS-Männern gestellt.

Es begann die Schreckenherrschaft der SS im Emsland. Morde und Mißhandlungen gehörten in den Sommer- und Herbstmonaten 1933 zum Lageralltag. Besonders das KZ Esterwegen wurde unter dem Namen „Hölle am Waldesrand“ als Folterstätte für politische Gefangene im In- und Ausland bekannt. Dort wurden der schlesische Reichsbannerführer Alexander und der Altonaer Polizeipräsident Eggerstedt ermordet. Die SS verbreitete aber nicht nur in den Lagern, sondern auch unter der emsländischen Bevölkerung Angst und Schrecken. Diebstähle, Überfälle und Schlägereien waren an der Tagesordnung. Nicht selten wurden Frauen belästigt. Hitlers „Elitetruppen“ rühmten sich an den Stammtischen ihrer Quälereien an Häftlingen und verschwiegen nicht, daß manchmal Menschen „auf der Flucht erschossen“ wurden. Schließlich drohten die weithin bekannten Miß-



Außenmauer mit Wachturm, KZ Esterwegen. Photo: Charles Brusselairs, Antwerpen



Das Lager bei Nacht. Photo: Hermann Vinke, Hamburg

stände in den Emslandlagern und die ständigen Übergriffe der SS gegenüber den Emsländern dem Image der nach dem Schein der Rechtmäßigkeit strebenden NS-Regierung erheblich zu schaden. Hermann Göring als preußischer Ministerpräsident veranlaßte deshalb eine Ablösung der Wachmannschaften, die sich mit Unterstützung der SS-Führung heftig widersetzen und sogar eine Meuterei mit Waffengewalt versuchten.

Weihnachten 1933 wurden etwa 600 SA-Männer für den Dienst in den emsländischen Konzentrationslagern eingestellt. Sie waren vordem sechs Wochen lang in dem – gerade fertiggestellten – Lager Oberlangen „ausgebildet“ worden, das heißt, sie hatten vor allem den Umgang mit Schußwaffen gelernt. Es waren zumeist Männer aus ländlichen Regionen Nordwestdeutschlands, denen als Entschädigung für die eintönige Arbeit im Moor Neusiedlerstellen auf dem von den Gefangenen kultivierten Boden versprochen wurde. Diese mittelalterliche Methode, Gefolgsleute für die Regierungstreue zu belohnen, sollte erneuten Verselbständigungsversuchen des Wachpersonals vorbeugen.

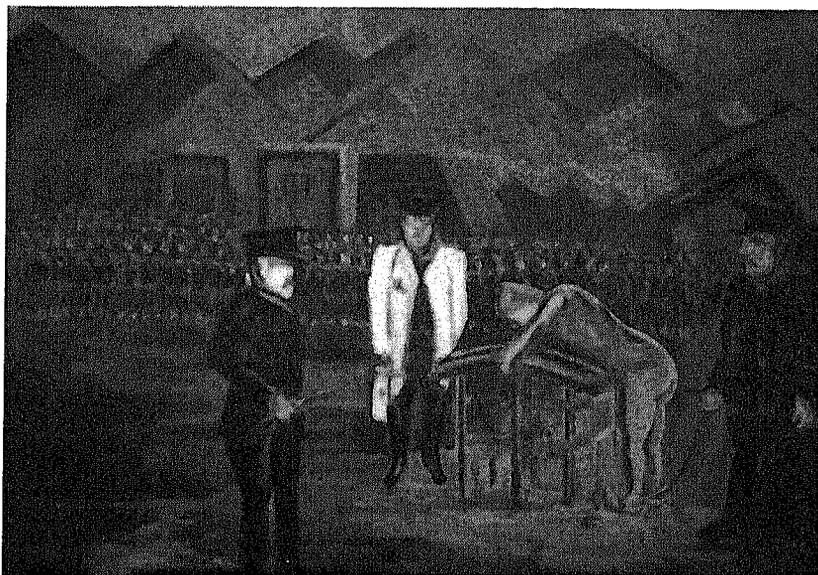
Die sogenannte „staatliche Wachtruppe“ für die Emslandlager wurde „Hilfspolizei“ genannt, aus dem Kompetenzbereich von SA- und SS-Führung herausgelöst und der unmittelbaren Aufsicht des preußischen Staates unterstellt. Diese Regelung entsprach den Bestrebungen Görings, das preußische Schutzhaftwesen formal zu legalisieren und somit dem wachsenden Einfluß Himmlers und der SS auf dem Gebiet der politischen Gegnerbekämpfung entgegenzuwirken. Doch sein Plan zur Errichtung eines eigenständigen staatlichen Konzentrationslagers für Preußen im Emsland kam nicht mehr zur Ausführung. In den ersten Monaten des Jahres 1934 errang der Reichsführer der SS, Himmler, faktisch die ausschließliche Befehlsgewalt über die politische Polizei aller Länder und damit auch über das Schutzhaftwesen. Er übernahm nur Esterwegen als Konzentrationslager; die übrigen Emslandlager wurden der Justizverwaltung als „Strafgefangenenlager“ überlassen.

Anmerkungen

1. *Disziplinar- und Strafordnung für das Lager Esterwegen, 1.8.1934, Studienkreis zur Erforschung des antifaschistischen Widerstandes, Frankfurt, B 7 II*
2. *Abgedruckt bei Förster (1966, S. 154)*
3. *Broszat (1967 S. 14 ff)*
4. *Völkischer Beobachter, 8.5.1934*
5. *Emszeitung, 31.7.1934*
6. *Katholischer Volksbote, 23.6.1933*
7. *Ebenda, 28.6.1933*
8. *Ems-Zeitung, 9.9.1933*
9. *Ebenda, 26.7.1933*
10. *Ebenda, 20.9.1933*

3. Emslandlager Esterwegen – Muster-Konzentrationslager der SS 1933 - 1936

Himmler ordnete eine zentrale Leitung und einheitliche Bewachung aller Konzentrationslager durch spezielle SS-Formationen – die „Totenkopfverbände“ – an und unterstellte sie dem Inspekteur der Konzentrationslager, Eicke, der zugleich Kommandant des KZ Dachau war. Damit begann die zweite Phase der Konzentrationslager in der Zeit der inneren Stabilisierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. In das nunmehr bestehende offizielle KZ-System unter SS-Verwaltung wurden nur noch besonders große und zentral gelagene Lager einbezogen: Dachau, Sachsenburg, Oranienburg, Columbiahaus in Hamburg, Lichtenburg und Esterwegen als einziges der vier bereits fertiggestellten Emslandlager. Parallel zu diesen strukturellen Veränderungen des KZ-Systems fand einer der für diese Zeit typischen Prozesse gegen Bewacher des Konzentrationslagers Esterwegen statt. Es muß vor dem Hintergrund der Bemühungen der Justiz gesehen werden, den rechtlichen Ausnahmezustand des Schutzhaftwesens zu überwinden und den KZ-Vollzug in den eigenen Kompetenzbereich einzu beziehen.



Adolf Bender: Die Prügelstrafe. KZ Esterwegen 1935/36

Anlaß war eine Beschwerde des Museumsdirektors Reichling aus Münster, ehem Mitglied der Deutschen Zentrumsparlei, der mehrfach schwer mißhandelt worden war. Das nahm die Osnabrücker Staatsanwaltschaft zum Anlaß für eine Anklage gegen den Kommandanten des Lagers Esterwegen, Remmert, und seinen Platzmeister Paetzold. Doch während des Prozesses erhielten die Angeklagten massive Unterstützung ihrer Parteigenossen. Gauleiter Röver soll Remmert auf einer öffentlichen Veranstaltung mit den Worten begrüßt haben: „Der Heinrich Remmert habe mal eine lose Hand gehabt und dafür habe man ihn eingesperrt. Von Rechts wegen gehörten jene dorthin, wo er gegessen habe, die ihn dorthin gebracht hätten.“ (1)

Angesichts dieser Situation war es ein Beweis von Zivilcourage der zuständigen Justizvertreter, daß Lagerkommandant und Platzmeister dennoch wegen „Körperverletzung im Amt“ zu geringen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Doch auf Grundlage des „Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit“ wurde der gesamte Prozeß niedergeschlagen, wie die meisten anderen, die in jener Zeit gegen KZ-Bewacher durchgeführt wurden. Die Kosten mußte die preußische Staatskasse tragen. Weitere strafrechtliche Verfolgung von SS-Wachmännern aus dem Emslandlagern gab es, soweit bekannt, nicht. Mit einer im August 1934 in Kraft getretenen offiziellen „Disziplinar- und Strafordnung“ wurde praktisch jede Form der Gewaltanwendung gegenüber den Lagerinsassen legalisiert. Der Angeklagte Remmert kommentierte diese Ordnung, die gleich nach seiner Suspendierung im August 1934 erlassen worden war:

„Wenn ich nur 50% dieser Befugnisse gehabt hätte, hätte ich mein Lager großartig in Ordnung halten können. Auf Grundlage der neuen Verordnung haben Gefangene sofort Stockschläge bekommen und zwar öffentlich. Dies beweist schon, daß man ohne Schläge gar nicht durchkommen konnte.“ (2)

Die Lagerordnung, die zuerst in Himmlers Musterlager Dachau erlassen worden war, systematisierte und legalisierte „bewährte“ Methoden des KZ-Terrors. Mehr noch: Sie machte sie offiziell. Prügelstrafen waren jetzt keine willkürlichen Mißhandlungen mehr, sondern wurden zu öffentlichen Zeremonien, zu denen alle Lagerinsassen aus Abschreckungsgründen antreten mußten.

Mit einem festgeschriebenen Vollzugsreglement und speziell ausgebildeten Wachverbänden - „Totenkopf, Sturmbann Ostfriesland“ - begann in Esterwegen wie in den anderen KZ die systematische Vorbereitung der Massenverfolgung und Vernichtung der Kriegsjahre.

Esterwegen war Exerzierfeld für die berüchtigten Mörder der großen Vernichtungslager. Hier wurden junge SS-Anwärter für den KZ-Dienst ausgebildet. Koch von Buchenwald und Loritz von Sachsenhausen und Neuengamme verdienten ihre ersten Sporen als Kommandanten von Esterwegen. Das Lager war bis 1936 neben Dachau größtes und wichtigstes Konzentrationslager des Reiches mit über 2 000 Insassen, darunter zahlreiche bedeutende Politiker und Intellektuelle der Weimarer Republik: Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Theodor Haubach, Julius Leber und Wilhelm Leuschner, die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Theodor Neubauer und Bernhard Bästlein, sowie der politische

Besondere Lagerordnung für das Gefangenen-Barackenlager (Auszüge)

Zweck:

Es bleibt jedem Schutzhaftgefangenen überlassen, darüber nachzudenken, warum er in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, seine innere Einstellung gegen Volk und Vaterland zu Gunsten einer Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage zu ändern, oder, wenn es der Einzelne für wertvoller hält, für die schmutzige 2. oder 3. Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.

4. Zucht und Ordnung

Ohne Rücksicht auf Herkunft, Stand und Beruf befinden sich die Gefangenen (. . .) in einem untergeordneten Verhältnis. Ob alt, ob jung, hat sich jeder an militärische Zucht und Ordnung vom ersten Tag an zu gewöhnen.

Alle SS-Männer bis zum Kommandanten des Konzentrationslagers sind Vorgesetzte der Gefangenen; Ihren Befehlen ist unverzüglich und ohne Widerrede Folge zu leisten. Die Befugnisse der SS-Männer sind durch besondere Lagervorschriften geregelt; eine Überschreitung dieser Befugnisse wird bestraft.

8. Pflicht zur Arbeit

Die Gefangenen sind ausnahmslos zur körperlichen Arbeit verpflichtet. Stand, Beruf und Herkunft bleiben außer Betracht. (. . .)

22. Aufwiegler

Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften und auf Ruheplätzen politisiert, aufreizende Reden hält, sich mit anderen zu diesem Zwecke verabredet, zusammenfindet oder umhertreibt, wahre oder unwahre Nachrichten und Lichtbilder über das Lager, dessen Einrichtungen sammelt, solche empfängt, weitergibt, aus dem Lager mittels Kassiber oder auf andere Weise herausschmuggelt, Entlassenen oder Überstellten mitgibt, in Kleidungs- oder anderen Gegenständen versteckt oder vergräbt, mittels Steine usw. über die Lagermauer wirft, auf Dächer und Bäume steigt und Zeichen oder Lichtsignale gibt, oder andere zur Flucht verleitet, hierzu Ratschläge erteilt, oder behilflich ist, wird als Aufwiegler behandelt.

Journalist und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. Sie alle überlebten das „Dritte Reich“ nicht.

Seit 1936 wurde die Zentralisierung des KZ-Systems vollendet. Alle Schutzhäftlinge wurden nunmehr in drei großen Lagern konzentriert. Sachsenhausen in der Nähe von Berlin war für Nord- und Ostdeutschland bestimmt, Buchenwald in Thüringen sollte Männer aus dem Westen Deutschlands aufnehmen, und Dachau in der Nähe von München war Aufnahmelager für die südlichen Gebiete des Reiches. Hinzu kam das Frauenlager Ravensbrück in Mecklenburg. Als sich 1938 herausstellte, daß die Kapazität der vier Lager im Kriege nicht ausreichen würde, wurden noch Mauthausen in Österreich, Flossenburg sowie Neuengamme bei Hamburg eingerichtet. Die neuen Lager boten alle Voraussetzungen für einen gewinnbringenden Einsatz der Gefangenen in SS-Wirtschaftsunternehmen und in der rüstungswichtigen Industrie.

Im Zuge dieser Entwicklung wurde das KZ Esterwegen 1936 aufgelöst.

Es war wegen seiner Ablegenheit und seiner geringen Ausbaufähigkeit für den erwarteten „Kriegsfall“ nicht mehr geeignet. Auch waren die Möglichkeiten für eine profitable Gefangenearbeit im Emsland gering. Als die landwirtschaftlichen Behörden im Zuge der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen auf eine beschleunigte Emslandkultivierung drängten und einen verstärkten Einsatz der Esterwegeninsassen forderten, zog die SS es vor, das Lager für den Reichsarbeitsdienst zu räumen. Der wollte das Kultivierungsprojekt zu einem Propagandaunternehmen großen Stils machen und sogar langfristig alle Emslandlager übernehmen. Das Vorhaben stieß auf entschiedenen Widerstand in der Regierung und in der Region. Denn die Arbeitsdienstler, die einen großen Teil des Tages mit paramilitärischen Übungen gedrillt wurden, schafften nur 50% der Tagesleistung von Gefangenen. Die Wehrmachtsführung und landwirtschaftliche Behörden drangen jedoch auf eine schnelle Umwandlung der emsländischen Moorflächen in Kulturland, die als wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung in Deutschland gedacht war. Vom Emsland aus sollte „im Kriegsfall“ das Ruhrgebiet mit Frischgemüse beliefert werden.

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen wurde der Arbeitsdienst schließlich gezwungen, Esterwegen an die Justizverwaltung für die Unterbringung von Strafgefangenen abzugeben.

Die Schutzhäftlinge waren vordem nach Sachsenhausen abtransportiert worden. Dort mußten sie selbst ihr neues Lager aufbauen – das KZ Sachsenhausen, eines der größten Konzentrations- und Vernichtungslager der Kriegszeit.

Dieser Standort wurde auf Drängen des Oberkommandos der Wehrmacht gewählt, das wiederholt auf die wehrstrategische Notwendigkeit eines „modernen, beliebig ausbaufähigen“ Lagers in der Nähe von Berlin für den „Mobilisierungsfall“ hingewiesen hatte.

Anmerkungen

1. *Schreiben des zuständigen Strafverteidigers an das Landgericht Osnabrück, 2.11.1934, Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 14 166*
2. *Verteidigungsschrift für den Lagerkommandanten, ebenda*

Ankunft

15. April 1937 – Aschendorfer Moor – Ostfriesland

Ein Zug mit Gefangenen aus Süddeutschland hält an der kleinen Bahnstation.

Die Türen der Wagen werden aufgerissen – die bleichen Insassen werden von den Wachmannschaften, die den Zug erwarten, mit Geschrei und Schlägen aus den Wagen getrieben.

Längs der Gleise stehen zu beiden Seiten des Bahnkörpers bewaffnete Posten; die meisten mit Stöcken in den Händen. Mit Gebrüll, Schlägen und Fußtritten werden die Gefangenen zu einer Marschkolonne zusammengestellt.

In einiger Entfernung stehen Zuschauer aus dem nahen Städtchen, die dieses traurige Schauspiel beobachten.

Die Begleitmannschaft, die von Ludwigsburg her den Gefangenentransport begleitete – meist ältere Justizbeamte – zeigen deutlich ihr Mißbehagen über die Art und Weise wie die SA-Wachmannschaften die Häftlinge behandeln.

Bald setzt sich die Häftlingskolonne in Bewegung und wird in die Heide hinausgetrieben, dem Lager Aschendorfer Moor entgegen.

Nach einem längeren Marsch erreichen die Gefangenen das Lager, das mitten in einer einsamen Moorlandschaft gelegen ist.

Während des ganzen Marsches zum Lager schlagen einzelne SA-Leute, die den Zug eskortieren, auf die Gefangenen ein, wenn sie nicht schnell genug gingen oder angeblich außer Schritt gekommen waren.

Helmut Kohl

4. Emslandlager – Justizgefangenenlager 1934 - 1945

Zurück in das Jahr 1934. Nachdem Göring vergeblich versucht hatte, die Emslandlager zu einem eigenständigen preußischen „Staatlichen Konzentrationslager“ außerhalb des Machtbereiches der SS zu machen, übergab er Börgermoor, Neustrum und Oberlangen der Justizverwaltung. Die übernahm die Lager gerne, weil sie ihre überfüllten Gefängnisse und Zuchthäuser dringend entlasten mußte. Barackenunterkünfte verursachten nur etwa ein Zehntel der sonst üblichen Kosten für die Unterbringung in festen Haftanstalten. Auch brachte sie bei faktisch anhaltender Arbeitslosigkeit im Reiche Arbeitsmöglichkeiten für die Gefangenen. Beschäftigungen waren bei der Emslandkultivierung praktisch unbegrenzt vorhanden, ohne daß größere Investitionen für Maschinen, Gebäude etc. entstanden. Die Emslandlager wurden deshalb zu einem in seiner Größe und volkswirtschaftlichen Bedeutung einmaligen Strafvollzugsprojekt.

10 000 Gefangene sollten in 10 - 12 Lagern untergebracht werden und innerhalb von 10 Jahren 50 000 ha emsländischer Moore kultivieren. Das Vorhaben wurde ein riesiges Propagandaunternehmen der Justiz im nationalsozialistischen Staat. In der nationalen Presse und vor der internationalen Öffentlichkeit, so auf dem 9. Internationalen Strafrechts- und Gefängniskongreß in Berlin, wo es als zukunftsweisendes Prestigeprojekt nationalsozialistischen Strafvollzuges präsentiert wurde.

Doch in dieser größten und – angeblich – modernsten Justizvollzugsanstalt des Reiches wurden keine ausgebildeten Justizbeamten, sondern die seinerzeit für den KZ-Dienst angeworbenen und ausgebildeten SA-Wachmannschaften eingesetzt. Begründung: Ihre Entlassung in die Arbeitslosigkeit hätte nicht nur neue Kosten, sondern auch „Reibungen“ mit SA-Führung und Partei zur Folge gehabt. SA-Männer wurden „ordentliche“ Justizvollzugsangestellte. Es wurden zudem KZ-Bewacher aus aufgelösten Konzentrationslagern in die Wachtruppe aufgenommen, um ihnen Arbeit zu verschaffen. Schließlich brachte die Justizverwaltung die „Erfolgsmeldung“: „568 alte Kämpfer des SA“ und 70 SS-Männer seien „im Justizdienst untergebracht“. (1)

Zum Kommandeur der Emslandlager, die nunmehr Justizgefangenenlager waren, wurde der ehemalige Kommandant des KZ Oranienburg, Schäfer, ernannt – wegen seiner Erfahrungen im Lagerstrafvollzug. Der – SA-Standartenführer und Oberregierungsrat im Justizvollzugsdienst zugleich – setzte eine weitgehende Unabhängigkeit der SA-Wachtruppe von der Justizverwaltung durch: Die Emslandlager wurden keiner zwischengeschalteten Kontrollinstanz, sondern unmittelbar dem Reichsjustizministerium unterstellt. Dessen Möglichkeiten der Einflußnahme waren allein wegen der räumlichen Distanz gering. Die Justizverwaltung ihrerseits räumte Schäfer außergewöhnliche Handlungsfreiheit im Vollzug ein und begründete das mit der Besonderheit der Lagerhaft im Emsland:

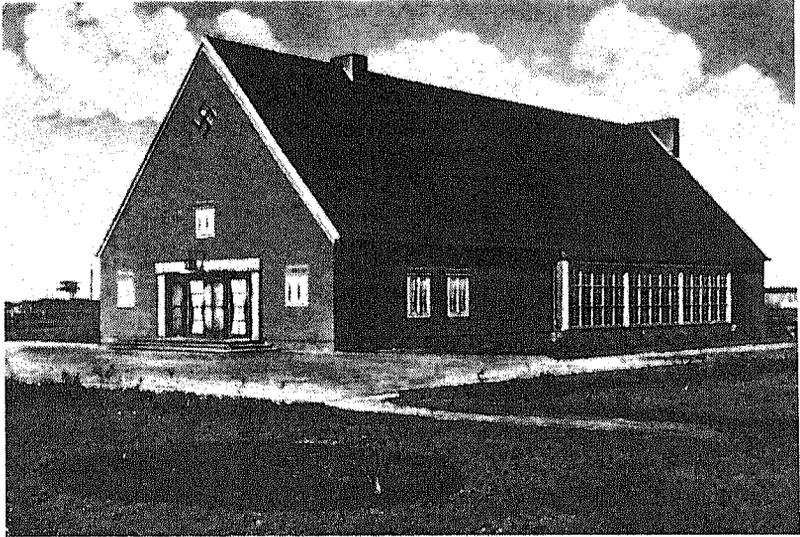
Die Gemeinschaftsunterbringung von tausend und mehr Männern sowie das hauptsächliche Ziel der „Verwertung ihrer Arbeitskraft“ habe eine erzieherische



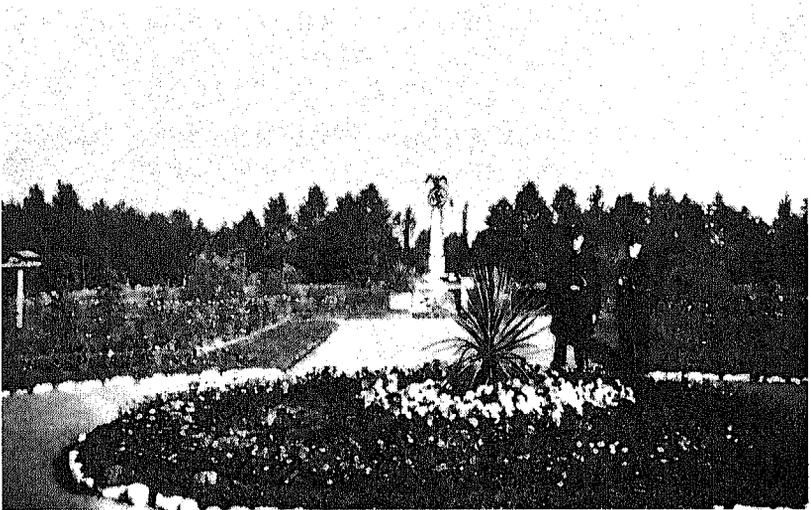
SA marschierte durch Papenburg. Photo: Hermann Vinke, Hamburg



Übungen im Moor. Photo: Hermann Vinke, Hamburg



„Kameradschaftshaus“ der SA in Neusustrum. Photo: H. Heeren, Meppen



„Vergnügungspark“ der SA in Neusustrum. Photo: H. Heeren, Meppen.

Einwirkung auf die Gefangenen unmöglich gemacht. Nur durch „straffe Handhabung der Disziplin“ sei „zu erreichen“ gewesen, daß sich der Einzelne „an Zwang und Ordnung gewöhnte, sich in die Lagerordnung einfügte und arbeitete“. (2) Deshalb erhielten der ehemalige KZ-Kommandant und sein Wachpersonal ausdrücklich die Erlaubnis, von dem sonst gültigen Justizvollzugsreglement abzuweichen. Sie führten ein System von offiziellen und inoffiziellen Behandlungsmethoden ein, wie sie sonst nur in den KZ der SS üblich waren: Prügelstrafen, Kostentzug, Dunkelarrest und entwürdigende Schikanen bei der Arbeit. Die Justizverwaltung schritt nur in Ausnahmefällen dagegen ein.

Auch als 1938 Unterschlagungen, Gefangenenmißhandlungen und Verstöße gegen Justizanordnungen an die Öffentlichkeit drangen und ein Ermittlungsverfahren gegen Kommandeur Schäfer eingeleitet werden mußte, kam es zu keiner grundlegenden Änderung der Verhältnisse in den Lagern. Schäfer wurde wohl für kurze Zeit vom Dienst suspendiert und zu einer geringen Geldstrafe verurteilt, dann aber unter dem Druck des Oldenburger Gauleiters Röver und der SA-Führung wieder in sein Amt eingesetzt und sogar zum Oberregierungsrat befördert. Zwar wurden zur Kontrolle der SA in den Emslandlagern Justizbeamte in der Lagerleitung und als übergeordnete Instanz ein „Beauftragter für die Strafgefangenenlager Emsland“ eingesetzt, deren Einfluß blieb jedoch in der Regel gering und endete ganz draußen im Moor, wo die meisten Mißhandlungen und Schikanen an den Gefangenen verübt wurden.

Die Auslieferung wehrloser Gefangener an die SA, deren Aufgabe nach Hitler „ausschließlich die Beseitigung der kommunistischen Gefahr“ und die „Sicherung des nationalsozialistischen Staates“ war, ist drastischer Ausdruck der Vereinnahmung der Justiz für das nationalsozialistische Herrschaftssystem. Sie ist nur erklärbar vor dem Hintergrund eines Rechtswesens, das als Instrument der Gewalt neben Kriminellen auch politisch Oppositionelle, rassische oder religiöse Minderheiten, Homosexuelle und andere „Außenseiter der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ zu Volksschädlingen erklärte und strafrechtlich verfolgte:

Die politischen Strafurteile stiegen im Jahre 1933 schlagartig von einigen hundert auf 9 529 an. Insgesamt befanden sich bis Kriegsende mehr „ordentlich“ verurteilte politische Justizgefangene in Haft als Schutzhäftlinge der SS (6 000 - 8 000). Viele von ihnen, zwischen 1 500 und 2 000, waren in den Emslandlagern. Bei einer durchschnittlichen Belegung der Lager mit 8 000 Mann waren das um 20%. 1937 wurden die meisten politischen Häftlinge - knapp 2 000 Mann, das waren fast ebenso viele, wie zur gleichen Zeit im KZ Dachau einsaßen - im Lager II Aschendorfermoor zusammengezogen, weil ihr Einfluß auf die nichtpolitischen Gefangenen zu groß geworden war.

Diese Angaben enthalten noch nicht jene Ungezählten, denen irgendwelche Verbrechen angehängt wurden, um einen Vorwand für ihre Ausschaltung zu schaffen.

Eine solche gemeinsame Inhaftierung einer Minderheit von politischen und einer Mehrheit von kriminellen Gefangenen in den Emslandlagern sollte die „Politi-

schen“ demoralisieren und vor der Öffentlichkeit kriminalisieren. So verkündete der ehemals deutschnationale Reichsjustizminister Gürtner, der bereits vor 1933 im Amt gewesen und in die NS-Regierung übernommen worden war: „Der Veräter galt immer und überall als der gemeinste Verbrecher“. (3)

In den letzten Kriegsjahren wurden vor allem wehrmachtgerichtlich verurteilte Soldaten in die Lager gebracht, darunter knapp 10% politisch Oppositionelle (Zersetzung der Wehrkraft, Rundfunkvergehen), 2% Homosexuelle und um 30%, die wegen irgendwelcher Verstöße gegen Wehrmachtbestimmungen (Fahnenflucht, Meuterei, Ungehorsam, Feigheit) hohe Strafen erhalten hatten. Es ist bezeichnend für die Wehrmachtsjustiz, daß sie diese „Delikte“ als politische Straftaten gegen Führer und Volksgemeinschaft wertete und besonders hart bestrafte. „Feiglinge und Saboteure“ sollten nicht in „Zuchthäusern konserviert werden“, während deutsche Soldaten an der Front ihr Leben verloren, verkündete Hitler 1940. (4) Militärstrafgefangene sollten deshalb erst nach Kriegsende ihre regulären Freiheitsstrafen antreten und bis dahin in „Freiheitsentziehung“ genommen werden.

Sie wurden mit „besonders schweren und anstrengenden Arbeiten“ beschäftigt, ohne dafür einen Lohn zu erhalten. Die Essensrationen waren „schmal“ und der Vollzug war bestimmt durch „schärfste Ordnung und strenge Disziplin . . . Jeder Widerstand wird, wenn notwendig, mit den schärfsten Mitteln gebrochen.“ (5) Dabei galten die Haftbedingungen in den Emslandlagern noch als ungleich „wirkungsvoller“ als die anderer Straflager und Zuchthäuser des Reiches. Fast 2 000 zumeist junge Soldaten starben dort in den Kriegsjahren an Hunger und Überanstrengung oder an den Folgen von Mißhandlungen. Dabei sind alle jene nicht mitgerechnet, die nach ihrer Überführung in andere Haftanstalten oder nach ihrer Entlassung an den Folgen der Lagerhaft zugrunde gingen.

Anmerkungen

1. *Prozeßakte: Urteilsbegründung aus dem Verfahren gegen den ehemaligen Kommandeur der Emslandlager, Werner Schüfer, Schwurgericht beim Landgericht Osnabrück, 19.12.1950, S. 20*

2. *Abschrift: Zugehörigkeit der Wachmannschaften zur SA bzw. SS, o.D., wahrscheinlich 1934, Dokumentationszentrum, Berlin (DDR), KL Esterwegen 14*

3. *Gürtner/Freisler (1934, S. 64)*

4. *Messerschmidt (1981, S. 64)*

5. *Schreiben des Vorstehers der Strafgefangenenlager, 11.2.1941, Dokumentationszentrum, Berlin (DDR), KL Esterwegen 14*

Im Lager

Das Lager Aschendorfer Moor bestand aus zwei Teilen.

Das vordere Lager bestand aus den Unterkünften der Wachmannschaft, der Verwaltung, der Küche und der Kantine.

Das größere Lager – das Häftlingslager – das mit einem zweifachen Stacheldrahtzaun eingezäunt war, bestand aus 2 Reihen Baracken.

Die ankommenden Häftlinge wurden vor die sogenannte Kleiderkammer geführt, um dort eingekleidet zu werden.

Ein Trupp von jeweils 6 Häftlingen wurde in die Kleiderkammer eingelassen. Nach kurzer Zeit hörten die außen Wartenden Brüllen, Hundegebell und Schläge, die von Mißhandlungen herrührten. Das Einkleiden war für die Wachmannschaft ein besonderes Schauspiel. Hier konnte man die wehrlosen Gefangenen mißhandeln und von abgerichteten Hunden hetzen lassen.

Nicht selten verließen Häftlinge mit schweren Bißwunden die Kleiderkammer.

Lagerbetrieb

Eine breite Straße trennte die beiden Barackenreihen.

Man betrat die Baracken durch einen sogenannten Waschraum, dahinter lag der Tagesraum und hinter dem Tagesraum war der Schlafsaal.

Die Baracken waren meist überbelegt. Die Ernährung war schlecht und ungenügend; schlecht waren auch die sanitären Einrichtungen. Im Sommer gab es oft kein Wasser weder zum Waschen noch zum Trinken. Die ärztliche Betreuung war mangelhaft. Oft wurden Häftlinge, die sich krank melden mußten, vom Lagerpersonal (Platzmeister) vor der Krankenbaracke mißhandelt und weggejagt.

Schläge, Fußtritte, Strafexerzieren der Häftlinge wegen angeblich schlechter Arbeitsleistung und schlechten Bettenbau waren an der Tagesordnung.

Helmut Kohl

Lager Aschendorfer Moor, 1937

5. Emslandlager – Kriegsgefangenenlager 1939 - 1945

Bereits vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges war das Oberkommando der Wehrmacht von unbekannter Seite auf leerstehende Barackenlager im Emsland aufmerksam gemacht worden und hatte vorgeschlagen, sie mit 15 000 Kriegsgefangenen zu belegen. Dieser Plan fand sofort die Unterstützung des Osnabrücker Regierungspräsidenten, der sogar 25 000 Gefangene „für das Emsland“ wollte, um das stagnierende Kutivierungsprojekt doch noch zum Erfolg zu bringen. (1)

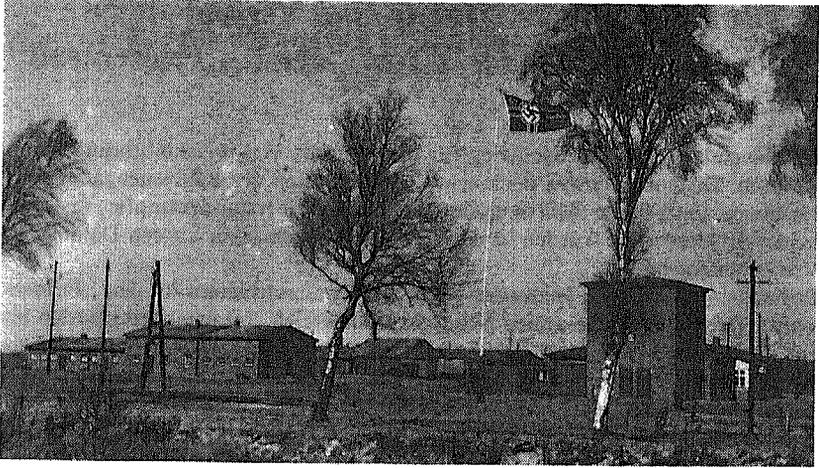
Im September 1939 wurden acht Emslandlager als Kriegsgefangenenlager zur Verfügung gestellt, in denen etwa 16 000 Männer untergebracht werden konnten. Die Mannschaftsstammlager (Stalag) VIB Versen mit den Zweiglägern Oberlangen, Fullen Wesuwe und das Stalag VIC Bathorn mit den Zweiglägern Dalum, Groß Hesepe, Wesuwe, Fullen Wietmarschen und Alexisdorf waren zwei der insgesamt 140 Lager, die das Kriegsgefangenenwesen im Reichsgebiet 1941 umfaßte. Sie wurden im Mai 1942 zum Stalag VIC mit dem Stammlager Bathorn zusammengefaßt. Bis zum Mai 1940 dienten die Kriegsgefangenenlager im Emsland lediglich als „Durchgangslager“ und waren zumeist mit weniger als 10 000 Gefangenen belegt. Zu kontinuierlichen Arbeitseinsätzen kam es in dieser Zeit nicht. Nach der Invasion Westeuropas trafen zunehmend Belgier, Holländer und Franzosen ein, „von denen möglicherweise rd. 20 000 unter Zuhilfenahme weiterer neu aufzustellender Baracken für längere Dauer . . . bleiben“ sollten. (2)

Im September 1941 erreichte die Belegung der Lager ihren Höchststand mit 48 945 Insassen, darunter etwa 22 600 sowjetische Kriegsgefangene. Bis zum September 1941 sank die Zahl der Sowjets um über 14 000. Wieviele von ihnen im Emsland gestorben sind und wieviele in andere Lager verlegt wurden – diese Frage kann die Forschung noch nicht, vielleicht nie mehr, beantworten.

Entsprechend der Einstellung der deutschen Kriegsführung gegenüber dem Bolschewismus als „Todfeind des nationalsozialistischen Deutschlands“ hatten die sowjetischen Soldaten auf Anweisung des OKW „jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren“. (3) Sie wurden faktisch vernichtet, indem man ihre Versorgung bis unter das Existenzminimum reduzierte. Das zeigt auch eine Kriegsbeucheintragung vom Herbst 1941: „Ins Reich sollen 660 000 abgeschoben werden. Ernährung ist nur für 300 000 vorhanden.“ (4) Im Frühjahr 1942 teilte das OKW mit, daß bereits ein großer Teil der Gefangenen im Reiche verhungert oder durch „Unbilden der Witterung umgekommen“ sei. (5)

Aus den Akten verschiedener emsländischer Landratsämter sowie aus vereinzelt Briefen der zuständigen Wehrmachtsbehörden geht hervor, daß die fünf sogenannten „Russenlager“ im Emsland oft monatelang wegen Seuchen gesperrt waren und daß die Kriegsgefangenen sich in einer so schlechten Verfassung befanden, daß sie zu keinem Arbeitseinsatz fähig waren; ihre Essensration durfte täglich nicht mehr als 800 Kalorien enthalten.

Zeitzeugen (6) erinnern sich noch genau an den Herbst 1941, als die ersten großen



Kriegsgefangenenlager Bathorn, etwa 1943. Photo: Suhr

„Russentransporte“ eintrafen. Man sah scheinbar endlose Züge „elender Gestalten“, die sich mühsam von den Bahnhöfen zu den einzelnen Lagern schleppten. Manchmal wurden an einem Tag acht, zehn oder mehr Loren mit Leichen beladen und zu den Friedhöfen gebracht, die alle eine Schienenverbindung zu den Lagern hatten. Ein Emsländer hat einmal in eine solche Lore hineingesehen. Es sollen zumeist junge Männer darin gelegen haben. Woran waren sie gestorben? „Ja, die haben einfach nichts zu Essen gekriegt.“ Wie sahen sie aus? „Ja, wie Verhungerte“ eben aussehen. (7)

Die massenhafte Ermordung von sowjetischen Kriegsgefangenen im Emsland, die sich einordnen läßt in die nationalsozialistische Ausrottungspolitik gegenüber den Völkern Osteuropas, wird dokumentiert durch die Massengräber in der Nähe der ehemaligen „Russenslager“ - „Russensfriedhöfe“ heißen sie im Volksmund. 26 000 bis 30 000 Tote sollen dort begraben sein.

Anmerkungen

1. Zitiert bei: *Kosthorst (1983, S. 3 309)*
Die Darstellung basiert vor allem auf Kosthorst (1983, S. 3 308 ff)
2. Zitiert bei: *Kosthorst (1983, S. 3 313)*
3. Zitiert bei: *Kosthorst (1983, S.3 314)*
4. *Ebenda*
5. Zitiert bei: *Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 - 1945, Stuttgart 1978, S. 9*
6. *Die Ergebnisse einer Befragung von emsländischen Zeitzeugen sind dokumentiert in: Elke Suhr: Die Lagerstraße ist heute eine Dorfstraße, „Die Tat“, November 1981*
7. *Aussage eines älteren Einwohners des Ortes Wietmarschen*

6. Die Emslandlager Dalum und Versen – KZ-Außenkommandos für den „Friesenwall“ 1944/45

Im November 1944 war der Krieg für die deutsche Wehrmachtsführung längst verloren. Dennoch wurden noch etwa 2 500 Insassen des KZ-Neuengamme bei Hamburg, unter ihnen zahlreiche skandinavische Widerstandskämpfer, ins Emsland verschleppt. Sie wurden in den teilweise leerstehenden Lagern Dalum und Versen untergebracht.

Es handelte sich um ein letztes Aufgebot von Zwangsarbeitern für den „Friesenwall“. Der sollte den gesamten Nordseeküstenbereich von den Niederlanden bis zur dänischen Grenze gegen eine angeblich drohende Invasion durch die Alliierten schützen. Zu diesem Zweck wurden die Nordseedeiche von Neukirchen bis Emden mit Schießständen, Schützengräben usw. ausgerüstet. Eine zweite Verteidigungslinie aus Panzergräben, natürlichen Flußläufen und anderen Befestigungsanlagen von Tondern-Südlügum über Brunsbüttel, Nordenham, Wilhelmshaven, Aurich, Emden bis Groningen war geplant. Für Arbeiten an wichtigen, aufwendigen Teilprojekten, für die nicht mehr ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung standen, wurden Außenkommandos mit Häftlingen aus dem KZ Neuengamme bei Hamburg eingerichtet.

Es entstanden sieben „Panzergrabenkommandos“, die ganz in den Dienst der NS-Kriegsführung gestellt wurden. Zu ihnen gehörten die Insassen von Dalum und Versen. Sie mußten 4 - 5m breite und 2 - 3m tiefe Panzergräben, Maschinengewehrstellungen u.a.m. graben - nur mit Schaufel und Spaten.

In Wirklichkeit war der Bau solcher Befestigungsanlagen sinnlos. Eine Landung schwerer Kampffahrzeuge an der Nordseeküste war wegen des Wattenmeers so gut wie ausgeschlossen. Der „Friesenwall“ war Produkt des menschenverachtenden Aberwitzes, von dem die deutsche Kriegsführung in der ausweglosen Defensive zunehmend geprägt war.

Für die Wehrmachtsführung war dieses Bauvorhaben nur eines von vielen letztlich sinnlosen Projekten, um die Kapitulation hinauszuzögern.

Für die Zwangsarbeiter in den Panzergräben wurde es bitterer Ernst. Tausende starben an den Folgen der schweren körperlichen Arbeit, Hunger und Kälte, davon 566 in Dalum und Versen. Dabei sind nicht die vielen Kranken und Erschöpften mitgezählt, die erst nach ihrem Abtransport zugrunde gingen.

Die Verhältnisse in diesen schnell errichteten Außenkommandos waren weit schlimmer als im KZ Neuengamme selbst. Der ehemalige Versen-Insasse und dänische Historiker Morten Ruge erinnert sich, daß in dem regenreichen Winter 1944/45 manchmal 8 - 10 Tote täglich begraben werden mußten. „In den ersten Monaten gab es auch kein Stroh, die meisten mußten also auf dem blanken Boden liegen, und da es sehr viel regnete, die Dächer kaputt waren und es durchregnete, kamen wir niemals aus den Kleidern und waren niemals trocken . . . Was die Häftlinge so schwer mitnahm, was die vielen Toten kostete, das war nicht die

schwere Arbeit, sondern die übermäßig lange Arbeitszeit, die völlig ungenügende Bekleidung, die völlig ungenügende Nahrung und vor allem keine Wärme.“ (1)
Versen und Dalum bestanden bis zum März 1945 als Konzentrationslager.

Anmerkungen

Die Darstellung beruht vor allem auf: Kosthorst (1983, S. 95 ff), Elke Suhr (1984, S. 95 ff).

1. Abgedruckt bei Kosthorst (1983, S. 449 ff)

7. Emslandlager Esterwegen – „Nacht- und Nebellager“ für westeuro- päische Widerstandskämpfer

Seit dem Überfall der deutschen Armee auf die Sowjetunion entwickelte sich die westeuropäische Résistance angesichts „der vielfachen politischen und wirtschaftlichen Spannungen“ in den besetzten Gebieten zu einer wachsenden „Gefahr für die deutsche Kriegsführung“. (1) Deshalb ordnete das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) „schärfste Mittel“ an, „um die Bewegung in kürzester Zeit niederzuschlagen.“ (2) Als einzige wirksame Methode neben der Todesstrafe wurde die Überführung der politischen Gefangenen nach Deutschland bei „Nacht und Nebel“ vorgesehen. Bei „Nacht und Nebel“ – das hieß, daß die Angehörigen sowie die Bevölkerung über das Schicksal der Unglücklichen gänzlich „im Ungewissen“ gehalten wurde. (3)

Für die Behandlung der „Nacht- und Nebel“-Sachen waren Sondergerichte im Rhein- und Ruhrgebiet zuständig. Die Gefangenen wurden als „Untersuchungshäftlinge“ zunächst in Gefängnissen untergebracht. Als die Haftanstalten im Ruhrgebiet 1943 zunehmend durch Bombardierungen gefährdet waren, wurden fast alle „Nacht und Nebel“-Gefangenen aus dem Zuständigkeitsbereich des Sondergerichtes Essen im südlichen Teil des Lagers Esterwegen untergebracht. Es handelte sich um 1 800 Männer, 90% Belgier und 10% Franzosen, einige Niederländer. Unter ihnen befanden sich zahlreiche prominente Politiker und Geistliche, Ärzte und Wissenschaftler ebenso wie Schüler, Studenten und Arbeiter. Als aktive Träger des belgischen Widerstandes waren besonders viele Katholiken und Kommunisten, aber auch Sozialisten, Royalisten und Liberale vertreten, die aufgrund ihrer Weltanschauung und ihres Nationalgefühles den Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht aufgenommen hatten.

An drei Tagen in der Woche tagte im Vorlager von Esterwegen das Essener Sondergericht, um die Gefangenen nach und nach abzuurteilen. Am 1. September fand in der Marienschule in Papenburg eine Verhandlung des Volksgeschichtshofes unter Leitung Freislers gegen 30 - 40 Gefangene statt. Unter ihnen befand sich der belgische Priester und Missionar Abbé Marie Aloys Raskin, Führer belgischer Widerstandsaktionen und eine Frau. Sie alle wurden mit Ausnahme der Frau verurteilt und wenig später hingerichtet. Zwölf von ihnen wurden in Lingen erschossen, die anderen in Wolfenbüttel enthauptet.

Die menschenverachtende Haltung der Justiz gegenüber den ausländischen „Untersuchungsgefangenen“ spiegelt sich wider in den unwürdigen Lebensbedingungen, die im „Lager Süd“ von Esterwegen herrschten. Das Schicksal der Inhaftierten dort war laut Feststellung eines britischen Militärgerichtes 1947 „das Schlimmste im gesamten Emsland. Aufgrund ihrer vollständigen Isolation und der Unsicherheit über ihr weiteres Schicksal waren sie einem fast unerträglichen Druck ausgesetzt.“ (4)

Sie lebten in völliger Ungewißheit über die Dauer und Art ihrer Haft und mußten während der Internierungszeit immer wieder den Abtransport von Mitgefangenen ins Unbekannte erleben.

Weil sie keinen Kontakt zur Bevölkerung haben sollten, brauchten sie keine schweren Außenarbeiten zu verrichten. Deshalb lagen ihre Eisesrationen mit etwa 800 Kalorien weit unter dem sonst üblichen. Die schlecht zubereiteten Eintopfgerichte und das schwere, schwarze Brot waren zudem ungewohnt und schlecht verdaulich für die Franzosen und Belgier. Gewichtsabnahmen von durchschnittlich 16, 5 kg, in Einzelfällen bis zu 34 kg, bis zur Auflösung des „Lagers Süd“ waren die Folge. Dadurch war die körperliche Widerstandskraft der Häftlinge erheblich geschwächt. Das war ein wichtiger Grund dafür, daß viele von ihnen die letzten Kriegsmonate nicht überlebten.

Die Gefangenenbaracken befanden sich in einem sehr schlechten Zustand: Die Fenster waren teilweise kaputt, die Dächer undicht. Im Winter schliefen die Häftlinge oft zu dritt in einem Bett, um mehr Decken übereinanderlegen zu können und sich vor der eindringenden Kälte zu schützen. Dafür wurden sie von manchen Wachmännern als „Homosexuelle“ beschimpft.

Die hygienischen Verhältnisse waren katastrophal, die ärztliche Versorgung denkbar schlecht. Seuchen und andere ansteckende Krankheiten gehörten deshalb ebenso zum Lageralltag wie ständige Demütigungen und Mißhandlungen durch die Justizbeamten.

Insgesamt 76 Gefangene starben im „Lager Süd“ an den Folgen der schlechten Behandlung. Wenn ein Leichtentransport vorbeikam, pflegten die belgischen Gefangenen dem verstorbenen Kameraden die letzte Ehre zu erweisen:

„ . . . wir stellen uns alle hin, keiner spricht und jeder ist mit seinen Gedanken allein. Man denkt, daß es einem selbst auch passieren kann, man denkt an die in Ungewißheit gelassene Familie des Toten, die zu diesem Zeitpunkt noch auf seine Rückkehr hofft. Für viele ist das ein schrecklicher Tag.“ (5)

Am 13. März 1944 wurden die meisten „Nacht und Nebel“-Gefangenen wegen der näherrückenden Westfront nach Schlesien verlegt. Sie blieben nur noch wenige Monate in der Hand der Justiz. Auf Grundlage des „Terror- und Sabotage-Erlasses“ vom 30. Juli 1944, der eine sofortige Vernichtung der Résistance zum Ziel hatte, wurden alle neu verhafteten westeuropäischen Widerstandskämpfer der SS übergeben. Ebenso erging es den Untersuchungsgefangenen. Im September 1944 schließlich begann die Odyssee aller „NN-Gefangenen“ durch die großen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager.

Anmerkungen

1. Die Darstellung basiert vor allem auf *Kosthorst (1983, S. 95 ff)* und *Suhr, 1985*
2. *Gruchmann (1981, S. 342 ff)*
3. *Der Chef des OKW: „Geheime Kommandosache“, 16.9.1941, Militärarchiv Freiburg, RW/v.721*
4. *Emsland-Case (1947, S. 76)*
5. *Charles Brusselairs (1980/81, S. 7)*

8. Emslandlager – ihre wirtschaftliche Bedeutung

Zurück in das Jahr 1933, zurück zu der Frage, weshalb die größte nationalsozialistische Haftanstalt der Vorkriegszeit ausgerechnet im abgelegenen Emsland errichtet wurde.

Antwort gibt ein Rundbrief Görings an alle preußischen Regierungspräsidenten vom März 1933: Es sollten in den Regierungsbezirken Lager für etwa 250 - 300 politische Schutzhäftlinge geschaffen werden, um die überfüllten Polizeigefängnisse und Strafanstalten in Preußen zu entlasten. Das Lager sollte an einem „gut zu überwachenden von Industriezentren“ abgelegenen Ort placiert werden, aber auch „Gelegenheit für eine Beschäftigung der Häftlinge bei gemeinnützigen Arbeiten bieten.“ Dabei sei vor allem an „Arbeiten in Moorgegenden, Rodungen und Waldgebieten und ähnlichem zu denken“. (1)

In seinem Antwortschreiben schlug der Osnabrücker Regierungspräsident Eggers, der von den Nationalsozialisten anstelle seines suspendierten katholischen Amtsvorgängers Sonnenschein eingesetzt worden war, den Einsatz von Gefangenen bei der Kultivierung der riesigen emsländischen Moorgebiete vor. Er sah darin den Auftakt für die umfassende Sanierung einer Region, die bisher wegen ihrer geringen Industrialisierung, unterentwickelten Landwirtschaft und miserablen Infrastruktur zu den ausgesprochenen Notstandsgebieten des Reiches gehört hatte. So entwickelte die Bezirksregierung zusammen mit kommunalen Behörden des Emslandes binnen weniger Wochen einen Plan zur Errichtung von vier Konzentrationslagern für 3 000 - 4 000 politische Schutzgefangene, die auf ca. 20 000 ha staatlichen Ödlandflächen eingesetzt werden sollten. Es folgten Wochen und Monate der Verhandlungen und Planungen. Als Ergebnis faßte Ministerpräsident Göring den Entschluß, sein geplantes zentrales „Staatliches Konzentrationslager“ für die erwartete „Dauerzahl“ von 10 000 preußischen Schutzhäftlingen in den Emslandmooren zu errichten. (2)

Kommunale und regionale Behörden, insbesondere das Kulturbauamt in Meppen, entwickelten detaillierte Pläne für den Arbeitseinsatz der Gefangenen und schlugen günstige Lagerstandorte dafür vor. In einem „Erläuterungsbericht“ des Meppener Kreisbaumeisters vom August 1933 werden die lokalen Interessen an den Lagern deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Technisch würde es . . . ohne weiteres möglich sein, das seit Jahren brachliegende, trostlose Ödlandgebiet in nutzbringendes Kulturland mit blühenden neuen Ortschaften umzuwandeln. Die Anlagen sind wirtschaftlich jedoch nur dann zu schaffen, wenn die erforderliche umfangreiche Masse menschlicher Arbeitskraft hierfür kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Das gesamte Gebiet ist daher ein gefundenes Arbeitsgebiet für die Beschäftigung von Strafgefangenen etc. (sic!) auf viele Jahre.“ (3)

Das Emslandkultivierungsprojekt wurde in der gleichgeschalteten regionalen Presse weidlich für die nationalsozialistische Propaganda ausgeschlachtet, um eine Bevölkerung zu gewinnen, die bis 1933 konsequent Zentrum gewählt hatte. Die Ems-Zeitung versprach, daß sich „durch die Einrichtung der Lager ein Aufschwung in unserem gesamten Wirtschaftsleben“ (4) ergeben werde: Industrie

und Handel sollten vom Bau und Unterhalt der Lager sowie von einer grundlegenden Verbesserung der Infrastruktur profitieren. Arbeitslosen Emsländern wurden Arbeitsplätze bei der Beaufsichtigung der Gefangenearbeit in Aussicht gestellt. Unter der Schlagzeile „Das neue Konzentrationslager im Emsland“ verkündete der Lingener Volksbote:

„Ein großer Teil der Gefangenen wird Kultivierungs- und Torfarbeiten leisten. . . Die Kultivierungsarbeiten, die durch dieses große Lager im Emsland geleistet werden, versprechen, daß das Moorland des Hümmplings noch eine große Zukunft im volkswirtschaftlichen Sinne haben wird.“ (5)

Mit SLogans wie „Das Emsland - Deutschlands wichtigster Siedlungsraum“, „Vergessenes Land - Zukunftsland“, „Die Förderung des Emslandes - eine nationale Aufgabe“ (6), wurde den Einwohnern einer verarmten, von der „großen Politik“ stets vernachlässigten Region - im Volksmund „Muffrika“ genannt - der Anbruch einer goldenen Zukunft als „Gemüsekammer“ des Reiches suggeriert.

Die Lager wurden als „großzügiges Projekt“ des NS-Regimes begrüßt. Mit ihnen kamen auch hohe Politiker in das bis dahin „unbeachtete“ Emsland: Der preußische Justizminister und spätere Minister für Raumforschung und Raumordnung Kerrl, Reichsjustizminister Gürtner, Bischof Berning, Oberpräsident und SA-Führer Lutze und viele andere. Ihr Besuch wurde von den regionalen Zeitungen als nationale Aufwertung ebenso wie als Ausdruck des Interesses der NS-Regierung für die Region gebührend.

„Man müsse dankbar anerkennen“, so die Ems-Zeitung anlässlich einer Besichtigungsfahrt von Kerrl in das Emsland im Jahre 1934, daß der Minister die Möglichkeit geschaffen habe, „diese Moore in fruchtbares Siedlungsland zu verwandeln.“ Man hoffe auch, daß er sich weiterhin für die wirtschaftlichen Interessen des „armen Emslandes“ einsetzen werde. (7)

Ganzseitig berichtet die Ems-Zeitung über den Besuch des Osnabrücker Bischofs Berning 1936 in den Lagern und zitiert den geistlichen Würdenträger, der sich schon 1933 von Göring zum preußischen Staatsrat hatte ernennen lassen und der zu den entschiedensten Verfechtern des Konkordats zwischen Vatikan und NS-Regime gehörte. Nach diesem Bericht soll Berning vor den SA-Wachmannschaften gesagt haben:

„Hierhin müßten alle die geführt werden, die noch zweifeln an der Aufbauarbeit des Dritten Reiches. Was man früher versäumte, das ist heute in Angriff genommen worden . . . Lang lag das Emsland im Dornröschenschlaf, bis der Prinz kam und es weckte; dieser Prinz ist unser Führer Adolf Hitler.“ (8)

Unter dem Motto „Neubildung des deutschen Bauerntums im Emslande“ wurden die Emslandlager Prestigeprojekt nationalsozialistischer Siedlungspolitik oder besser gesagt: Siedlungsdemagogie. 50 000 ha Ödland sollten binnen 10 Jahren kultiviert werden, um 2 300 neue „Erbhöfe“ zu schaffen (9). Die sollten nachgeborenen emsländischen Bauernsöhnen, die durch das nationalsozialistische Reichserbhofgesetz ihr Erbrecht verloren hatten, „eigene Scholle“ werden. Den zahlreichen verarmten Klein- und Kleinstsiedlern wurde versprochen, ihre Höfe durch das neugewonnene Land sanieren und existenzfähig machen zu kön-

nen. Großartige Versprechungen - unerwähnt blieb: Die Neubauernstellen wurden gleichzeitig den SA-Wachmännern als Belohnung für ihren Dienst im Moor versprochen.

Solche Siedlungsmaßnahmen fanden hauptsächlich in der Propaganda statt. Tatsächlich entstanden in den Jahren 1933 - 1945 weit weniger Siedlerstellen als in den 12 Jahren Weimarer Republik. Denn die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik stand zuerst und vor allem im Dienste der ökonomischen und ideologischen Vorbereitung des 2. Weltkrieges und unternahm keine ernsthaften Anstrengungen für zeitaufwendige und kostspielige Siedlungsprojekte, sondern begnügte sich mit Reklameunternehmungen. „Neubildung deutschen Bauerntums“ war in den zu erobernden Ostgebieten vorgesehen.

Diese - gemessen an den vollmundigen Versprechungen - geringen Ergebnisse der Kultivierungsarbeiten zeigen, daß regionale und kommunale Behörden dem Emsland einen „Bärendienst“ erwiesen, als sie sich für die massenhafte Beschäftigung von Zwangsarbeitern stark machten. Ein Großteil der Arbeiten hätte effektiver und kostengünstiger mit Hilfe großer Maschinen bewältigt werden können. Aber der nationalsozialistische Staat, nachdem er sich einmal dieses Projektes bemächtigt hatte, verhinderte die Anwendung zeitgemäßer Kultivierungsmethoden, die dem Stand der technischen Möglichkeiten entsprachen.

Obwohl bereits vor 1933 eine maschinelle Emslanderschließung begonnen hatte, wurden fast alle bis dahin vorhandenen Dampfpflüge kurzerhand zugunsten der Staatskasse verkauft. Angebote der Firma Ottomeyer, Pflüge speziell für das Emsland herzustellen, wurden in der Folgezeit kategorisch abgelehnt. Denn in einer Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit ging es nicht um schnelle ökonomische Erfolge, sondern um die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Gefangene auf möglichst lange Zeit. Auch ist ein Haftvollzug, der die Gefangenen körperlich und seelisch brechen sollte, durch eine möglichst belastende Art der Gefangenenarbeit charakterisiert. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb - im 20. Jahrhundert - die Kultivierung riesiger Moorflächen mit Spaten, Hacken und Schaufeln, statt mit Pflügen, Baggern und anderen Maschinen durchgeführt wurde.

Als - in der Propaganda - größtes Neulandgewinnungsprojekt gewann die Emslandkultivierung dennoch vorübergehend überregionale Bedeutung für die nationalsozialistische Autarkiepolitik zur Vorbereitung des Krieges. Sie sollte eine wesentliche Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und damit eine Steigerung der Agrarproduktion im Reiche mit sich bringen. Damit wurde die Einsparung von Devisen für Lebensmittelimporte zugunsten der rüstungswichtigen Rohstoffimporte und längerfristig die ernährungswirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland angestrebt. Das Reichskriegsministerium plante sogar, mit Hilfe des Neulandes im Emslandgebiet die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes im „Kriegsfall“ sicherzustellen. Es setzte sich deshalb wiederholt für eine zügige Verwirklichung der Kultivierungspläne ein.

Göring ordnete 1936 als wichtige Maßnahme der Vierjahresplanpolitik, die eine Verstärkung der Kriegsvorbereitungen in allen wirtschaftlichen Bereichen einleitete, eine „beschleunigte Durchführung“ der Kultivierungspläne an.

Doch der mit großem propagandistischen Pomp angekündigte Großeinsatz von 20 000 – statt bislang durchschnittlich 8 000 – Strafgefangenen, die 50 000 ha Ödland urbar machen sollten, wurde niemals verwirklicht. Im September 1938, wenige Wochen nach einem großen Richtfest für acht neuerbaute Lager, wurde ein Großteil der Baracken aufgrund eines „Führerbefehls“ abgerissen und nach Zweibrücken transportiert. Dort sollten Gefangene für Bauarbeiten am „Westwall“, einer riesigen militärischen Befestigungsanlage an der Westgrenze, eingesetzt werden. Dieser Plan, wenngleich er bereits nach wenigen Tagen aus strategischen Gründen wieder verworfen wurde, signalisierte den Funktionswandel des Gefangenenarbeitseinsatzes, seine Orientierung auf die Erfordernisse der unmittelbaren Kriegsvorbereitung.

Als sich kurz vor Kriegsbeginn zeigte, daß die Emslandkultivierung keine kriegswirtschaftliche Bedeutung mehr erlangen konnte, wurden die Arbeiten im Moor weitgehend eingestellt. Die Gefangenen der Emslandlager wurden nach Bedarf zu kriegswichtigen Einsätzen in Industrie und Landwirtschaft, aber auch in der Etappe, abgezogen. Zwei große Sonderkommandos für den Krieg wurden zusammengestellt: Der „Sondereinsatz West“ mit 1 800 Häftlingen wurde bis 1945 in Nordfrankreich und auf den Kanalinseln zum Bau von Straßen und Befestigungsanlagen eingesetzt. Das „Kommando Nord“ mit etwa 2 700 Männern wurde in Nordnorwegen zu Transportarbeiten für die Wehrmacht herangezogen. Mehr als 400 verhungerten oder erfroren binnen weniger Monate.

Die in den Lagern verbliebenen Gefangenen mußten zum Kriegsdienst einberufene Arbeitskräfte in der Region ersetzen. Zunehmende Bedeutung gewann dabei die Arbeit in der rüstungswichtigen Produktion: In der Papenburger Firma Hoeveler und Diekhaus waren in den letzten Kriegsjahren über 1 000 Lagerinsassen mit der Herstellung von Motoren für die deutsche Armee beschäftigt; in der unmittelbaren Nähe des Lagers Esterwegen wurde eine Außenstelle der Bremer Firma Klatte, in der Flugzeugteile für die Luftwaffe produziert wurden, errichtet.

Anmerkungen

1. *Schreiben des preußischen Innenministers an den Osnabrücker Regierungspräsidenten, 17.3.1933, Niedersächsisches Staatsarchiv Osnabrück, Rep. 430, Dez. 502, acc. 11/63*
2. *Zitiert bei Broszat (1967, S. 24)*
3. *„Erläuterungsbericht“ des Kreisbaumeisters, Meppen, 31.8.1933, Standort s. Anm. 1*
4. *Ems-Zeitung 13.7.33*
5. *Katholischer Volksbote, 9.8.1933*
6. *Ems-Zeitung, 12.8.1933, 19.2.1933, 10.7.1936*
7. *Ems-Zeitung, 1.8.1933*
8. *Ems-Zeitung, 23.12.1936*
9. *Deutsche Justiz, 1934, S. 733*

Arbeitskommando

Jeden Morgen nach dem Zählappell wurden die einzelnen Arbeitskommandos zusammengestellt und rückten zur Arbeit ins Moor aus.

Schwere körperliche Arbeit bei ungenügender Ernährung war das Los der Gefangenen.

Die Kommandoführer schikanierten und mißhandelten die Gefangenen je nach Laune. Dies geschah oft mit Hilfe der sogenannten Kneiß, die sich durchweg aus Einheimischen rekrutierten.

Der ganze Lagerbetrieb und das Lagerleben hatte mit einem normalen Strafvollzug nichts mehr zu tun.

Strafgefangene, die dazu verurteilt waren, lange Zeit in diesen Lagern verbringen zu müssen, bezahlten dies mit schweren Gesundheitsschäden.

Helmut Kohl



Arbeit im Moor. Photo: Hermann Vinke, Hamburg

9. Widerstand und Selbstbehauptung

In den nationalsozialistischen Konzentrations- und Strafgefangenenlagern sollten Menschen, die aus politischen, religiösen, kriminellen oder sonstigen Motiven zu „Schädlingen“ für das nationalsozialistische Herrschaftssystem geworden waren, „umerzogen“ oder unschädlich gemacht werden. Unter den extremen Bedingungen der Lagerhaft war jede Handlung zur Erhaltung der körperlichen und seelischen Lebensfähigkeit der Gefangenen Widerstand.

Der Widerstandsbegriff wird somit nicht auf die bewußte politische Opposition gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem beschränkt, sondern auf humanitär, religiös oder sonstwie nicht primär politisch motivierte Handlungen gegen den Lagerterror angewendet. Denn Überlebenshilfen wie das Teilen einer Brotration mit einem Verhungernenden oder die Unterstützung eines Schwachen bei der Arbeit konnten unter Umständen mehr Selbstüberwindung und zivilen Mut erfordern als illegale politische Arbeit. Solche Handlungen mit dem traditionsreichen Widerstandsbegriff zu bezeichnen birgt die Gefahr einer Herabsetzung ihrer objektiven Bedeutung für das Lagerleben.

Im Rahmen dieses Widerstandsbegriffes muß jedoch unterschieden werden zwischen individuell-spontanen und kollektiv-organisierten Widerstandsformen, die zumeist von illegalen Häftlingsorganisationen im Lager getragen wurden. Dabei kommt der persönlichen Selbstbehauptung jedoch keine geringe Bedeutung zu, wirkte sie doch dem Verfall des Einzelnen entgegen und war somit Voraussetzung für die Entwicklung von organisiertem Widerstand: „Wer nur auf der Suche nach Nahrung und auf der Flucht vor Prügeln den grauen Lageralltag durchleben mußte“ (1), hatte keine Kraft zu kollektivem Handeln mehr.

Entwicklung und Formen des Widerstandes hingen wesentlich von der Zusammensetzung der Häftlinge und dem Verhältnis verschiedener Häftlingskategorien sowie politischer Gruppierungen zueinander ab. Näheres wissen wir nur über die erste, die KZ-Phase, und über die „Nacht und Nebel“-Gefangenen.

In den früheren emsländischen Konzentrationslagern 1933/34 waren fast ausschließlich politische Gefangene inhaftiert, die in ihrer Gegnerschaft zum NS-Regime und zu den SS-Wachmannschaften einig waren. Es waren in der Mehrheit Kommunisten, die aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland in Massentransporten in die Emslandlager verfrachtet worden waren. Sie kannten einander und erneuerten oftmals alte regionale Organisationsstrukturen aus der Zeit vor ihrer Inhaftierung, um eine illegale Widerstandsarbeit im Lager aufzubauen. Im KZ Börgermoor bildeten sich drei miteinander kooperierende Leitungskollektive, „Köpfe“ genannt, die jeweils eine Region – Ruhrgebiet, Mittelrhein, Niederrhein – vertraten. In Verbindung mit „Vertrauensleuten“, die in den einzelnen Baracken gewählt wurden, setzten sie schnell ein gemeinschaftliches Handeln der meisten Lagerinsassen gegen ihre Bewacher durch. Von der SS eingesetzte Häftlingsfunktionäre – Baracken- und Tischälteste, Küchenpersonal usw. – waren als Informationsträger und Organisatoren des Lagerlebens oftmals wichtige Stützen des Häftlingswiderstandes: Sie sorgten für eine gerechtere Verteilung des Essens,

schützten Neulinge und besonders gefährdete Häftlinge und versuchten auf andere Weise, ihren Mitgefangenen das Leben zu erleichtern.

Die Minderheit sozialdemokratischer Lagerinsassen fand nicht zu eigenen Organisationsstrukturen und fügte sich in die bestehende Häftlingsgemeinschaft ein. Manche Sozialdemokraten führten ein – gefährliches – Außenseiterdasein. Zwar setzten Kommunisten und Sozialdemokraten ihre politischen Auseinandersetzungen aus den Zeiten der Weimarer Republik vielfach noch im Lager fort, sie ließen sich jedoch nicht gegeneinander ausspielen und waren sich einig im Widerstand gegen die SS. So weigerten sich 1933 die Insassen von Börgermoor, einem Transport prominenter Sozialdemokraten einen Prügelempfang zu bereiten. Der ehemalige sozialdemokratische Innenminister Hessens, Wilhelm Leuschner, fungierte in Börgermoor als Barackenältester und erwies sich als mutiger Vertreter seiner Mitgefangenen, als er sich gegenüber einer Untersuchungskommission unter Leitung des Gestapo-Chefs Diels über die schlechten Haftbedingungen im Lager beschwerte. Seine Beliebtheit wurde dadurch gesteigert, daß er anderen Gefangenen Deutschunterricht erteilte und ihnen in den wenigen freien Abendstunden von seinen Erlebnissen als Ballonfahrer erzählte.

Die illegale Organisation der Häftlinge entwickelte systematisch Formen des Widerstandes, die den Belastungen des Lagerlebens entgegenwirken sollten.

Leitete die SS die beabsichtigte Einschüchterung der Gefangenen mit einem „Prügelempfang“ ein, so setzten die Gefangenen ein eigenes Willkommen dagegen: Wenn die Neuankömmlinge abends müde und zerschunden in ihre Betten gekrochen waren, wurden sie mit dem – leise gesummt – Moorsoldatenlied oder einem vertrauten Arbeiterlied begrüßt. Sodann machte sie ein illegaler „Lagersender“ – eine anonyme Stimme aus dem Dunkeln – mit überlebensnotwendigen Gepflogenheiten des Lageralltags bekannt. Neulinge, Schwache, Kranke und alle, die besonders gefährdet waren, fanden Schutz und Unterstützung bei der schweren Arbeit.

Politische Gesprächskreise, geheime Lehrgänge, Theater- und Musikgruppen wurden unter größten Gefahren aufgebaut, um Lebensmut und Widerstandswillen der Gefangenen zu stärken. Schnitzereien, Zeichnungen, Gedichte und Lieder sind Zeugnisse der Selbstbehauptung gegen die menschenunwürdigen Verhältnisse in den Lagern.

Das Lied der „Moorsoldaten“, das in symbolhaften Bildern den freudlosen Lageralltag der politischen Gefangenen, aber auch ihre Hoffnungen und ihren ungebrochenen Widerstandsgeist zum Ausdruck bringt, erlangte internationale, volksliedhafte Popularität. Es wurde in fast alle europäischen Sprachen übersetzt, und die Gefangenen von Buchenwald und Dachau sangen es allen Verboten zum Trotz ebenso wie die republikanischen Spanienkämpfer und die Mitglieder der europäischen Resistance.

Wurde die illegale Arbeit in den frühen emsländischen Konzentrationslagern durch die gemeinsame politische Anschauung der Mehrzahl der Gefangenen begründet, so beruhte der Gemeinschaftsgeist der „Nacht und Nebel“-Gefangenen 1943/44 in Esterwegen auf dem christlichen Glauben vieler Häftlinge. Jeden



Wir sind die Moorsoldaten.

TEXT & MUSIK von
Polit. Schutzhäftlingen,
Edzgermoor.

1. Ke- bin auch das Au- ge Blü- ket, Meer und Rei- de nur rige- um.

2. hier in die- ser Re- de ist das La- ger auf- ge- baut,
3. Mar- gens sie- hen die Moer zur Ar- beit hin-
4. Auf- und nie- der gehn die Kuf- moer, hat- net kann hin- durch,
5. kein- weds, bim- wies ja- der sch- zu den Ei- tern, weib und Kind,
6. Doch für uns gibt es kein gan, z- weg kann's nicht Win-ter sein,

1. Vo- gel- sang uns nicht er- hat Li- den ge- hen kalt und krumm. Wir

2. Wo wir for- te je- der ge- da hin- ter Sch- del- draht ver- staut,
3. Gra- ben bei dem Brand- der no- doch gur Rei- mat steht dar- Staut,
4. Rucht- nicht nur das La- ber- los- ed- vier- fah- ist um- stant die- Fiurg.
5. Man- die- Brust ein- Song- ge- zeh- net, wäl- wir hier ge- fan- gen sind,
6. Ein- mal we- den- loh- für sa- gan, wäl- mat- die- bist- nie- der- mein,

1-5 sind die Moer- sol- daten, zeh- sehen- mil- den- Spa- ten in's Moor,

6. giech die Moer- sol- daten, zeh- sehen- mil- den- Spa- ten in's Moor,
das Moer- sol- daten- lied im- ge- sungen- im- Augen- blick- der- Zeit.

Das „Moorsoldatenlied“, Postkarte herausgegeben vom Moorsoldatenkomitee

Sonntag wurde von den Priestern eine regelrechte Messe durchgeführt, die auch die atheistischen Häftlinge besuchten, weil sie dabei Gelegenheit hatten, sich ein wenig vom Lageralltag zu distanzieren, sich zu besinnen und an die Heimat zu erinnern.

Große Bedeutung für das Lagerleben hatte das Gebet: Es half den Gefangenen für kurze Zeit, sich innerlich frei zu machen von den unmenschlichen äußeren Bedingungen. Deswegen nahmen auch die Atheisten mit großem Respekt daran teil: „Vor dem Essen, bei der Arbeit, abends wurde gebetet – der ganze Tag war ein Gebet.“ (2)

Es war üblich, das Amt des Tischältesten jeden Tag einem anderen Gefangenen zu übertragen. Der mußte dann das Brot und die Suppe austeilen und hatte außerdem die Aufgabe, die Tischgemeinschaft zu unterhalten. Diese Regelung hatte Doppelfunktion:

Sie schaffte die Voraussetzung für eine sinnvolle, den Kollektivgeist im Lager fördernde, Beschäftigung und gab gleichzeitig dem einzelnen Gefangenen eine Aufgabe, mit der er sich identifizieren konnte, auf die er sich oft tagelang vorbereitete. So bemühten sich an jedem Tisch abwechselnd Priester, Kommunisten, Royalisten, Arbeiter, Ingenieure und Vertreter aller möglichen Berufsrichtungen, ihren Kameraden etwas Interessantes und Lehrreiches zu bieten:

„Die Konzentrationslager waren für uns etwas wie eine Universität. Da haben wir Sprachen gelernt, Englischunterricht von einem Torwart. Wir sind politische Gefangene‘ war der erste Satz, den wir lernten.“ (3)

Große Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Moral im Lager hatte die Entwicklung eines speziellen „Lagerhumors“, der die geistige Überlegenheit der Gefangenen gegenüber den Bewachern deutlich machte. Dazu gehörte, daß besonders verhaßte Wachleute mit Spitznamen wie „Cognac“ oder „Chinois“ verhöhnt wurden.

Alle Häftlinge hatten einen „Spruch“, der ihnen helfen sollte, in schwierigen Situationen den Mut zu bewahren: „Optimismus bis zum Sarg“, „Ich hoffe das Beste, aber ich bin auf das Schlimmste gefaßt“ oder „Wenn ich von hier fortahre, kann es nicht schlimmer werden.“

Widerstandsformen und Art des Umgangs miteinander zeugen davon, daß die „Nacht und Nebel“-Gefangenen im Lager Esterwegen ihr Selbstbewußtsein bewahren und dabei große Toleranz für Andersdenkende aufbringen konnten. Dies war eine wichtige Voraussetzung für den Gemeinschaftsgeist, der im Lager herrschte.

Die „Moorsoldaten“ wurden zu Vorbildern der aufkommenden antifaschistischen Bewegung in Europa, die 1936 unter dem Motto „Hinein mit dem Friedensnobelpreis in die Konzentrationslager“ den Friedensnobelpreis für den Esterwegen-Häftling Carl von Ossietzky erkämpfte.

Carl von Ossietzky nahm gegen den Willen der Gestapo den Preis an und ging damit das Risiko erneuter politischer Verfolgung ein, obwohl er nach fast drei Jahren KZ-Haft unheilbar erkrankt war. Er begründete dies mit der Bedeutung des Friedensnobelpreises als Zeichen „der Verständigung zwischen den Völkern“. Zwei Jahre später starb er an den Folgen des Lagerterrors.

Auch die SPD-Politiker Julius Leber, Carlo Mierendorf und Wilhelm Leuschner sowie die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Bernhard Bästlein und Theodor Neubauer wurden durch ihre Erfahrungen im Konzentrationslager nicht gebrochen und waren nach ihrer Entlassung bis zu ihrer Hinrichtung kurz vor Kriegsende wichtige Träger des antifaschistischen Widerstandes. Wegen seiner Mitarbeit im „Kreisauer Kreis“ wurde noch im Januar 1945 der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Theodor Haubach zum Tode verurteilt. Nach zwei Jahren Haft im KZ Esterwegen hatte auch er sein Leben bewußt gegen den nationalsozialistischen Terror eingesetzt. Noch kurz vor seinem Tode schrieb er:

„Die Grenzen der Gewalt liegen nur darin, daß sie zwar die Person des Widerstandes, aber nicht die Gesinnung des Widerstandes vernichten kann. Wäre es praktisch möglich, sämtliche Gesinnungsträger des Widerstandes total zu vernichten, so käme diese Ausrottung der Personen auch maximal einer Ausrottung der Gesinnungen nahe. Nicht aber kann bei einer solchen Ausrottung die Erinnerung an das Geschehene selbst vernichtet werden.“ (4)

Anmerkungen

1. Langbein (1982, S. 60)
2. Brusselairs, Interview, Antwerpen 1982
3. Franz Maes, Interview, Antwerpen 1982
4. Zitiert bei: Leber (1954, S. 216)

Werner Boldt
Die Emslandlager
als Gegenstand
historisch-politischer Bildung

Die Erinnerung an Vergangenes macht Vergänglichkeit bewußt. Die geistigen und materiellen Produkte menschlichen Handelns ordnen wir zu einem historischen Prozeß, in dem beständig Altes von Neuem weiter entwickelt wird. Als Urheber dieses Prozesses sind die Menschen Gattungswesen und historisch. Zugleich sind die Menschen individuelle Wesen und nicht historisch. Ihr Leben ist einmalig mit dem Tod abgeschlossen. Das Denken an Gestorbene ist zugleich Gedenken. Bildung an Geschichte gründet sich nicht bloß auf historisches Wissen, sondern enthält auch Momente des Gedenkens.

Soll Gedenken nicht in eine blasse und unverbindliche Erinnerung auslaufen, soll es politischen Gehalt besitzen, soll ihm die Eigenschaft zukommen, politisch zu orientieren und zu aktivieren, bedarf es möglichst genauen Wissens über die, derer gedacht wird. Viele Gedenkstätten sind heute Bildungsstätten, die wissenschaftliche Informationen vermitteln. Um dies zu betonen, hat das Aktionskomitee die von ihm geplante und jetzt in Angriff genommene Gedenkstätte zu den Emslandlagern ein Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) genannt. Nachstehende Überlegungen zur Bildungsarbeit unserer Gedenkstätte folgen weder einer geschlossenen didaktischen Konzeption, noch einer Theorie über den Gegenstand „Lager“ oder weiter gefaßt über Nationalsozialismus und Faschismus. Es sind persönlich gefärbte Vorstellungen, die im Großen und Ganzen im Verein auf Zustimmung stoßen dürften, die aber nicht den Rang eines Vereinsprogramms beanspruchen können. In manche Überlegungen gehen Erfahrungen ein, die in der pädagogischen und politischen Arbeit des Vereins gesammelt wurden. Insgesamt enthalten sie Absichten und Zielsetzungen, die trotz aller Offenheit und mangelnden Systematik einander ergänzende didaktische Grundvorstellungen erkennen lassen. Es ist zu hoffen, daß sie zu weiterführenden Diskussionen anregen.

1. Bildungsrelevante Wissensgebiete

Unterricht über den Nationalsozialismus ist unerlässlich für ein demokratisches Leben, für eine lebendige Demokratie in Deutschland. Das bedarf sicher keiner eingehenderen Begründung. Die ebenso lebhaft wie peinliche Diskussion über den „8. Mai“ zeigt, wie nah uns diese Vergangenheit ist, wie rasch sie wieder lebendig werden kann, und wie wenig wir mit ihr ins Klarte gekommen sind. Die historischen Erfahrungen mit dem Untergang der Weimarer Republik werden in vielfältigen Vergleichen wieder gegenwärtig und mit Gewinn zur Deutung eigener gesellschaftlicher und staatlicher Entwicklungen zu Rate gezogen. Über alle aktuellen Anforderungen hinaus ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auch deswegen geboten, um allgemeine Erkenntnisse über Entstehung und Funktion faschistischer Diktaturen zu gewinnen.

Die Errichtung der NS-Gewaltherrschaft besiegelte den Untergang der Republik. Die „Legalitäts“-Taktik der Nationalsozialisten, ihr demagogischer Weg über Parlamente und Wähler, legt die Frage nahe, ob die Weimarer Republik an Gewährung von zu viel Freiheit zugrundegegangen sei, ob nicht Freiheit durch ihre Einschränkung hätte gesichert werden müssen. Es ist dabei die Rede von einer mangelnden politischen „Reife“ des deutschen Volkes. Doch wie stellt man politische Reife fest, und wer ist zu dieser Feststellung befugt? Kann man Reife erwarten, wenn es an Aufklärung fehlt? Kann man z.B. antifaschistisches Bewußtsein erwarten, wenn es an antifaschistischen Gedenkstätten fehlt?

An demokratischem Bewußtsein und an demokratischer Erziehung fehlte es in der Weimarer Republik an allen Ecken und Enden, vor allem bei den gesellschaftlichen und politischen Führungsschichten. Die mutwillige Vernichtung des parlamentarischen Regierungssystems beim Sturz der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller folgte nicht dem plötzlichen Aufstieg des Nationalsozialismus, sondern ging ihm voraus. Diejenigen, die mit der verfassungswidrigen Ablösung der Regierung vom Parlament am Regieren gehindert werden sollten, gehörten zu den ersten, die die Lager der Nationalsozialisten füllten. Es ist nicht die Aufgabe von irgendjemandem, Demokratie durch Abbau demokratischer Rechte vor dem Volk zu verteidigen, es ist die Aufgabe des Volkes, Demokratie durch beständige Reformen, durch Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zu erhalten. Dies ist ein grundlegendes Erkenntnisziel demokratischer und damit antifaschistischer Erziehung, das anhand der Entstehungsgeschichte der Emslandlager zu erreichen wäre.

Die menschenverachtende, in ihren extremsten Formen alle Vorstellungskraft sprengende Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus nimmt innerhalb der faschistischen Systeme Europas eine Sonderstellung ein. Darüber herrscht Einigkeit. Es fehlt aber nicht an Versuchen, dem Führer jenseits aller Moral Größe und Bedeutung zuzusprechen: individuelle Größe, indem man sie dämonisiert, mit Kräften ausgestattet sieht, über die ein Normalsterblicher offenbar nicht verfügt, historische Größe, indem man die zentralen politischen Gegebenheiten und Probleme unserer Gegenwart auf ihr Wirken zurückführt. Die historische Kritik hat die Dinge zurecht zu rücken. Die Nationalsozialisten haben in Europa ihre Spu-

ren von Tod und Verderben hinterlassen. Aber ein neues Kapitel der Weltgeschichte haben sie dabei nicht geschrieben, das Tor zu einer neuen Epoche der Menschheit nicht aufgestoßen. Die großen Fragen der Zeit: friedliche Koexistenz zwischen den Staaten, Durchsetzung und Wahrung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit in den Staaten, Befreiung der unterentwickelt gehaltenen Völker, sind von ihnen weder gestellt, noch einer Lösung näher gebracht worden. Die individuelle Kritik hat die Charakterschwäche des sich als Herrenmenschen gerierenden Spießers aufzudecken, ob er nun als Hitler oder als einfacher SS- und Gestapo-Mann Wahnvorstellungen und Machtgelüsten folgte. Erst wenn der Schein von Größe der Täterschaft genommen wird, beginnt das intellektuelle und sittliche Versagen abstoßend zu wirken. Historisch-politische Bildung, die notwendig Emotionen berührt und Einstellungen prägt, kann nicht an den „Führern“ ansetzen, auch nicht an den Anhängern und an den vielen, die getäuscht oder verzweifelt oder auch nur aus Bequemlichkeit und Ahnungslosigkeit mitliefen. Bildend ist die Begegnung mit denen, die erkannten und widerstanden, die uns zeigen, daß es ein bewußt an humanen Werten ausgerichtetes öffentliches Denken und Handeln, Fühlen und Wollen gibt. Bildungsarbeit hat nicht nur abschreckend das Böse und mahnend die Ohnmacht aufzuzeigen, sondern vor allem, wie sich im Widerstand zu ihm Menschlichkeit bewährt.

Welchen Bildungswert kann eine Beschäftigung mit den Emslandlagern im Einzelnen haben? Unterscheiden wir zwischen dem Erwerb einer an Sachverhalten gebundenen Aufklärung und dem Erwerb einer an menschlichen Verhaltensweisen orientierten humanen Einstellung. Auf Verhaltensweisen, die primär weder von humanen noch ihnen entgegenstehenden Zielen und Einstellungen geprägt sind, sondern von vehement existenziellen Bedürfnissen und die den Nationalsozialisten als Ansatzpunkte für ihre Politik dienen konnten, werden wir in den Ausführungen zur Regionalgeschichte eingehen.

Die Emslandlager spiegeln in ihrer Entwicklung und der Vielfalt ihrer Aufgaben Phasen und Schwerpunkte des NS-Regimes wider. Terror und Demagogie treten als wesentliche und dauernde Stützen des Herrschaftssystems hervor. Die Bestandsaufnahme nationalsozialistischer Taten und Untaten führt zu den Verfolgten. Sie sind nicht bloß als Objekt von Terror, sondern als aktiv handelnder Widerpart zu sehen. Wählt man ihre Perspektive, so erkennt man, daß der Nationalsozialismus wesentlich Reaktion und nicht Aktion war. Nicht das ideologische Selbstverständnis des Nationalsozialismus, die Proklamation der „nationalen Erneuerung“ im „Dritten Reich“, sondern die Erfahrung und die Sichtweise der Unterdrückten vermögen uns zutreffende Erkenntnisse über dessen Charakter zu geben. Schon wenn wir der ersten Frage nachgehen, die sich bei der Beschäftigung mit den Emslandlagern stellt, warum als erste Arbeiter und Pazifisten inhaftiert wurden, gelangen wir von der Beschreibung des Terrors zu seiner Erklärung. Der Unterdrückungsapparat erhält seinen – schlechten – Sinn. (1)

Zum Terror gehört die Demagogie, zur Peitsche das Zuckerbrot, und wenn's nur versprochen wird. Das ganze Wortgetöse um deutsches Bauernland, das von den Nationalsozialisten endlich aus den Mooren geschaffen werde, erwies sich als ein

kläglicher Schwindel. Die SA log sich die Arbeitsleistungen der Häftlinge in die eigene Tasche oder ließ sie sich in groß aufgemachten Presseberichten von den Propagandabehörden zuschreiben. Das Paradestück nationalsozialistischen Arbeitsethos, der Reichsarbeitsdienst, entpuppte sich als fauler, militarisierter Haufen, der „deutsche Tüchtigkeit“ vornehmlich im Exerzieren, in „Griffkloppen“, bewies. Der Spaten wurde ihm zum Gewehr. So demonstrierte er ein typisches Stück nationalsozialistischer Wirklichkeit: Eitle militaristische Zurschaustellung der einen und harte Sklavenarbeit der anderen.

Überhaupt gewähren die Lager einen Blick hinter die glanzvoll aufpolierte Fassade des Regimes. Das Chaos bei Planung und Durchführung der Moorkultivierung und die mageren Ergebnisse eines schikanösen und grausamen Arbeitseinsatzes, bei dem bewußt auf die Anwendung moderner arbeitserleichternder Technik verzichtet wurde, lassen das heute vielleicht wieder lockende Bild einer geordneten und effektiven, womöglich sozial gerechten Diktatur platzen. Sofern in der Moorkultivierung etwas Nennenswertes bewerkstelligt wurde, war es abgesehen von der Arbeit der Häftlinge den traditionellen Verwaltungen zu danken. Generell zeigte der Nationalsozialismus nur da Effizienz – wie etwa im Krieg und bei dessen Vorbereitung – wo er sich auf eingespielte traditionelle Bürokratien in Staat, Wirtschaft und Militär stützen konnte. Von den Parteiorganisationen erwies sich nur die SS als funktionstüchtiger Apparat – bei der Vernichtung der Juden.

Auch der nationalsozialistische Eroberungskrieg spiegelte sich in vielfältiger Weise in den Lagern wider. Schon die Moorkultivierung in den Friedenszeiten diente als Förderung wirtschaftlicher Autarkie der Kriegsvorbereitung. Im Krieg wurden die Häftlinge in kriegswichtigere Betriebe abgeordnet. Zum Schluß wurden sie zu mörderischen Frontarbeiten herangezogen. Die Lager füllten sich mit Angehörigen der unterdrückten europäischen Völker: Widerstandskämpfer aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Dänemark, Polen, Rußland, Ungarn, Italien usw., zu denen viele „wehrunwürdige“ Deutsche kamen, litten und starben unter Haftbedingungen, die sich gegenüber der Vorkriegszeit noch einmal barbarisch verschlechterten.

Der Historiker neigt dazu, seine Aufmerksamkeit besonders auf die Entstehungsgeschichte des Gegenstandes seiner Betrachtungen zu richten. Vor allem aus ihr schöpft er seine Kenntnisse über die Ursachen des Geschehens. In der Untergangsphase interessiert ihn schon wieder das neu Entstehende. Bei den Emslandlagern kommt hinzu, daß die Zeit ihrer Gründung und der Moorkultivierung leichter erforschbar und übersichtlicher darstellbar sind. Außerdem scheinen sie regionalen und nationalen Interessen näher zu stehen. Wer aber die verbreitete Unkenntnis über die Lager beklagt, kann nicht die Zeit der schlimmsten Verbrechen flüchtiger behandeln. Historische Tatsachen und moralische Verantwortung verlangen, daß die Lager in den zweiten sechs Jahren ihres Bestehens ebensoviel Beachtung finden wie in den ersten sechs. (2)

Die Verfolgten innerhalb und außerhalb der Lager, in Deutschland und in der Emigration, sind nicht sprachlos gewesen. Sie haben den Nationalsozialismus

nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch bekämpft. Sie haben ihn als eine besondere Form des Faschismus analysiert und dargestellt. Mit Hilfe ihrer Interpretationen können wir heute eine Faschismuskritik leisten, die bei aller gebotenen wissenschaftlichen Distanz im lebendigen und bedeutungsvollen Zusammenhang mit den Taten und Leiden der Gegner und Opfer des NS-Regimes steht und nicht nachträglich und praxisfern konstruiert ist. (3)

Fassen wir zusammen, was sich anhand der Lager unmittelbar über den Nationalsozialismus aussagen läßt. Es sind dies einmal die charakteristischen Methoden der Diktatur: der Terror gegenüber dem politischen Gegner auch im allgemeinen Strafvollzug, die Mißachtung des Menschen, der aus politischen, religiösen, „rassischen“ oder sonstwelchen Gründen ausgeschlossen wurde. Ferner ist es die Demagogie gegenüber den eigenen Anhängern, die mit leeren Versprechungen abgepeist und deren Illusionen über den wahren Charakter des Systems verstärkt wurden. Schließlich ist es der Eroberungskrieg, der auf das Leben der Häftlinge gleich welcher politischen, sozialen und nationalen Zugehörigkeit grausam verschärfend durchschlägt.

Wesentliche Ziele der Diktatur lassen sich schon an der Herkunft der Häftlinge verdeutlichen: Die Niederwerfung der Arbeiterbewegung und die Unterwerfung fremder Völker. Nur die Vernichtung der Juden, die „Endlösung“, hinterläßt so gut wie keine Spuren in den Emslandlagern. Von den offenkundigen Methoden und Zielen nationalsozialistischer Herrschaft aus kann nach deren historisch-gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhängen gefragt werden. Die Antworten hierfür sind nicht mehr allein der Empirie zu entnehmen, sondern mit Hilfe zureicherndender gesellschaftskritischer Theorien zu erschließen, die hinter den vielfältigen politischen Erscheinungen des Systems sein Wesen erkennen lassen.

2. Bildung zu Humanität

„Der Zweck heiligt die Mittel“. Diese Aussage wird der Morallehre der Jesuiten aus dem 17. Jahrhundert zugeschrieben, in dieser lapidar-zugespitzten Form allerdings zu unrecht. (4) Machthaber aber bedienten sich immer wieder dieser Sennenz, um ihr Handeln zu rechtfertigen. Das kann nicht selten gewesen sein, denn sonst wäre dieser Satz nicht sprichwörtlich geworden. Im Nationalsozialismus stimmten Mittel und Zweck in ihrer Verwerflichkeit letztlich überein. Häufiger aber gilt, daß schlechte Mittel auch den gut gemeinten Zweck verderben. Mag es Situationen geben, in denen begrenzte Anwendung von Gewalt als unumgänglich erscheint, so entsteht doch grundsätzlich Humanität nur aus Akten der Humanität, aus Solidarität, nicht aus Gewalt.

Als soziale Wesen verhalten sich Menschen quasi von Natur aus solidarisch. In der Entwicklung der Menschheit sind Arbeit, Lernen und Sprache Voraussetzung und Ergebnis gesellschaftlichen Handelns. Erst wenn Solidarität durch Herrschafts- und Konkurrenzverhältnisse gestört wird, erscheint sie als Ideal, zu deren Verwirklichung es bewußter Anstrengung bedarf, das immer wieder erreicht werden muß und immer wieder verfehlt wird. Ein Ziel humaner Bildung ist eine rational begründete und emotional verankerte Einstellung für Solidarität und gegen Gewalt, gegen die personal direkte wie gegen die strukturelle, auf sozialer Ungerechtigkeit beruhende Gewalt. (5)

In den Lagern tritt uns zunächst die von den SS- und SA-Wachmannschaften ausgeübte personale Gewalt entgegen. Ich wage nicht an Auschwitz zu denken. Aber in den Emslandlagern erscheinen die Gewalttäter noch nicht als seelenlose, anonyme Funktionäre einer riesigen, durchorganisierten Tötungsmaschinerie. Bei aller Abgestumpftheit und Grausamkeit sind sie noch Individualitäten. Die Häftlinge können sie unterscheiden, einige sind sogar ansprechbar. Schon im KZ Esterwegen und noch mehr während des Krieges verdrängt in den Kriegsgefangenenlagern und in den Außenlagern von Neuengamme die zunehmende Systematisierung des Terrors individuelle Verhaltensweisen. (6)

Aus der Anfangszeit schildert Langhoff, wie nach einer nächtlichen Prügelorgie im KZ Börgermoor die Häftlinge ein Unternehmen beschlossen, um unter den SS-Leuten die ansprechbaren zu gewinnen und sich so ein erträglicheres Klima, zum Überleben notwendige Erleichterungen zu verschaffen. Die Geprügelten brachten ihren Peinigern eine Zirkusvorstellung, auf der zum ersten Mal das berühmte gewordenen Moorsoldatenlied erklang. (7) In dieser Aktion solidarisch handelnder Häftlinge behaupteten sich gegen sture Barbarei Vernunft, Witz und die Erkenntnis, auch auf der anderen Seite der Verfolger, Menschen ansprechen zu können. Solidarisches Handeln und Menschenkenntnis, die weder illusionär noch zynisch, sondern von humaner Einstellung geprägt war, erwiesen sich als die Fundamente eines Widerstandes, der mit Erfolg gegen unkontrolliert-triebhafter Ausübung von Gewalt geleistet werden konnte. In besonderen Fällen vermag dies auch einem Einzelnen zu gelingen. Werner Koch, der als Angehöriger der bekennenden Kirche in Sachsenhausen, dem Nachfolgelager von Esterwegen, inhaftiert war, be-

richtet von einer Auseinandersetzung mit einem SS-Mann, in der es um Leben und Tod ging.

„Dann tritt er in den Todesstreifen . . . Wer diesen Streifen betritt, wird ohne Anruf erschossen. Der SS-Mann . . . läßt seine Handschuhe auf die Erde fallen und befiehlt mir: „Heb das auf, Pfaffe!“ – „Das werde ich nicht tun, Posten“, antworte ich, „dann hätten Sie ja das Recht, mich zu erschießen.“ – „Das ist Befehlsverweigerung“, brüllt er mich an. „Ich werde dich melden wegen Befehlsverweigerung, und dann kommst du auf den Bock!“ . . . Trotz dieser furchtbaren Drohung bleibe ich fest und weigere mich, die Handschuhe aus dem Todesstreifen herauszuholen. Da fängt der Posten an zu toben: „Du weißt nicht, wer ich bin! Ich bin der Teufel, Pfaffe! Du glaubst doch an den Teufel, nicht? Ich bin der Satan in Person! Ich werde dir zeigen, was ich alles mit dir machen kann!“ Seine Stimme überschlägt sich beinahe. Ich habe wahnsinnige Angst. Ganz unvermittelt aber – ich weiß nicht warum – werde ich vollkommen ruhig und sage mit einem kleinen Lächeln zu dem Tobsüchtigen: „Daß Sie der Teufel sind, Posten, das glaube ich Ihnen nicht.“ – „W-a-a-a-s? Das glaubst du nicht? Du sollst mich kennenlernen!“ Er bemerkt mein immer noch anhaltendes Lächeln, wird neugierig und fragt: „Warum glaubst du eigentlich nicht, daß ich der Teufel bin?“ – „Das ist ganz einfach: Ich habe Sie vorhin beobachtet, wie Sie sich mit Ihren Kameraden Witze erzählt haben. Da haben Sie so nett gelacht – richtig wie ein Mensch. So etwas kann der Teufel nämlich nicht!“ Er starrt mich an: „Sag das nochmal, Pfaffe, ich hätte gelacht, richtig wie ein netter Mensch?“ Das hat ihn getroffen. Das hat ihn entwaffnet. „Mensch, Pfaffe“, sagt er jetzt freundlich, „so etwas Gutes hat mir schon lange keiner mehr gesagt. Geh, ich will nichts mehr von dir. Geh an deine Arbeit und – hab keine Angst!“ “ (8)

Im Streben nach Humanität liegt der Abscheu gegen „unmenschliches“ Handeln. Aber auch der „unmenschlich“ Handelnde ist doch Mensch und als Mensch ansprechbar. Das hat Werner Koch getan. Er hat nicht vor dem anderen an eine allgemeine normative Menschlichkeit appelliert, sondern ihm mit dessen eigenen Äußerungen von Menschlichkeit konfrontiert. Er hat ihm gezeigt, daß er menschlich sein kann und daß es Menschen gibt, die bereit sind, dies wahrzunehmen. Werner Koch hat damit sein Leben gerettet und den anderen davon abgehalten, einen Mord zu begehen. Für mich ist dies ein Beispiel dafür, was Feindesliebe, das vielleicht höchste Ziel humaner Bildung, bedeuten kann.

Der Begriff Solidarität beinhaltet Verhaltensweisen, die wir als human bezeichnen und die eine Gesellschaft human machen. Solidarität entfaltet sich um so reicher, je mehr sie sich in der Gesellschaft schon verwirklicht hat, je mehr Konkurrenz, Herrschaft und soziale Ungerechtigkeit überwunden sind. In den Lagern mußte sich Solidarität unter besonders widrigen Umständen bewähren. Das machte ihre Ausübung für die Häftlinge so schwierig, ihr Auftreten für den Außenstehenden so beeindruckend. Solidarität war nur als Widerstand möglich, wie umgekehrt Widerstand nur solidarisch wirksam geleistet werden konnte. Widerstand und Solidarität sind in den Lagern zwei Aspekte einundderselben Verhaltensweise. (9)



Gelände des ehemaligen Lagers Börgermoor und Schild am Trafohäuschen, der für lange Zeit einzige stumme Zeuge.

Solidarität hat die Tendenz, allgemein zu werden, Gruppen zu verbinden, die sich vorher absonderten, Menschen zu erfassen, denen, wie manch einem Kriminellen, Solidarität eine neue Erfahrung war. Unter den speziellen Bedrohungen des Lagerlebens wurde Solidarität allerdings ebensowenig zur herrschenden Verhaltensweise der Häftlinge, wie sie es in einer von Herrschaft und Konkurrenz dominierten Gesellschaft außerhalb der Lager sein konnte. Gruppensolidarität konnte Gruppenegoismus erzeugen und für Außenstehende sogar gefährlich werden. Unter lebensbedrohendem Druck konnte Solidarität zerbrechen. Manch einer fand Halt und Widerstandskraft in einer – häufig religiösen – Selbstbesinnung, die nicht in die Vereinzelung führen mußte, sondern gerade ein Quell für solidarisches Verhalten sein konnte. Manch einer versuchte aber auch auf eigene Faust durchzukommen und griff zu letzten Mitteln wie der Selbstverstümmelung.

Es gibt Beispiele dafür, daß Sozialdemokraten, Kommunisten und Angehörige anderer Arbeiterorganisationen trotz aller ausgeprägten Gegensätze in der Weimarer Republik in den Lagern solidarisch zusammenfanden, weil die gemeinsamen Traditionen in der Arbeiterbewegung gerade in der faschistischen Unterdrückung bewußt wurden. (10) Ein Beispiel für eine „negative“ Solidarität, die also nicht aufgrund positiver Gemeinsamkeiten, sondern nur aufgrund gemeinsamer Unterdrückung geübt wurde, gibt dagegen das Verhalten der kommunistischen Häftlinge im KZ Börgermoor gegenüber dem ehemaligen preußischen Zentrumsmminister Hirtzsiefer (11). Der verhaßte Minister für Volkswohlfahrt wurde geschnitten, aber dem Mitverfolgten wurde entgegen allen erwartungsfrohen Hoffnungen der SS nichts angetan.

Solidarität war umso wirksamer, je mehr sie trennende politische, soziale und religiöse Grenzen überwand. Ihre außerordentliche Wirkung auf Verfolgte wie Verfolger mag folgender Vorgang kennzeichnen:

„Der Lagerkommandant hat einmal einen katholischen Geistlichen lächerlich machen wollen, indem er ihn vor der versammelten – und zumeist atheistischen – Lagerbelegschaft zwang, ein Gebet zu sprechen. Der Pfarrer nahm die Gelegenheit wahr, seinen Kameraden Mut zuzusprechen. Diese wiederum verzichteten nicht nur auf jegliche Mißfallensäußerung, sondern beteiligten sich aus Solidarität gemeinschaftlich an dem Gebet. Dieses Ereignis trug viel zur Aufrechterhaltung der Moral im Lager bei, und der Geistliche wurde seitdem unbehelligt gelassen.“ (12)

Wie unvollkommen, ausgrenzend, manchmal andere gefährdend Solidarität in den Lagern auch immer sein konnte, letztlich war sie der Quell, der den Häftlingen die Kraft gab auszuhalten, nicht zu zerbrechen, nicht hilflos und schwach zu werden, wie die Nazis es erhofften. Nach der Befreiung 1945 wurde bald vieles, was die antifaschistischen Häftlinge erreicht und praktiziert hatten, im grauen Alltag wieder verschüttet.

Ziel von Bildung muß es sein, das Verschüttete wieder bewußt zu machen als eine erstrebenswerte Grundlage unserer menschlichen Existenz.

Betrachten wir als eine Veranschaulichung von Solidarität die Bronzeplastik von Waldemar Grzimek in Sachsenhausen. Sie steht in der Gedenkhalle auf den Fun-



Bronzoplastik in der Ehrenhalle Sachsenhausen

damenten des zerstörten Krematoriums. Die Dreiergruppe zeigt zwei Häftlinge, die ihren toten Genossen in ein Tuch legen. Beide trauern. Der eine beugt sich über den Toten, der andere steht aufrecht und hält das Leichentuch. Er ragt aus der Gruppe heraus, sein nach innen gerichteter Blick scheint anzuzeigen, daß er über das Geschehene nachdenkt. Welche Schlüsse er auch ziehen wird, die Humanität der Gruppe, in der er steht, macht klar, daß nicht Rachsucht und Haß, sondern daß über den Tod hinausreichende Solidarität sein Handeln bestimmen wird. Nicht der Mörder, sondern das Morden wird er bekämpfen.

3. Gegenwartsbezüge

3.1. Neofaschismus

Bedeutung und öffentlicher Einfluß des Neofaschismus in der Bundesrepublik werden unterschiedlich eingeschätzt. Allein die Tatsache, daß er nach dem unheilvollen Wirken des Nationalsozialismus wieder auftritt, ist alarmierend genug. Sie fordert auch den Pädagogen heraus.

Das Ursachengefüge für neofaschistische Neigungen und Betätigungen ist komplex und soll hier nicht im ganzen Umfang untersucht werden. Wir wollen uns im Zusammenhang mit den Emslandlagern auf einzelne Ansatzpunkte für antifaschistische Erziehung beschränken. Als vielfältiger Ausdruck nationalsozialistischer Ideologie und Politik wurden die Lager im Beitrag von Elke Suhr beschrieben. Uns geht es hier um die Überlegung, wieweit die Beschäftigung mit den Lagern Möglichkeiten bietet, auf die psychische Verfassung derer einzuwirken, die für Faschismus anfällig sind. Es wird vorausgesetzt, daß nicht jeder, der faschistische Politik betreibt oder ihr anhängt, alle Charaktermerkmale besitzen muß, die für Faschismus anfällig machen.

Bestimmen wir grob soziale Ursachen von faschistischer Mentalität und Disposition und ihre individuellen Auswirkungen. Gesellschaftliche Verweigerung von Lebenschancen, insbesondere von der Möglichkeit, anerkannte und als sinnvoll empfundene Arbeit zu leisten, die Erfahrung von Konkurrenz und Herrschaft, statt von Solidarität in der Gesellschaft bedrohen nicht nur die materielle, sondern auch die psychische Existenz der Betroffenen. Gesellschaftliche Versagung wird als individuelles Versagen erlebt. Scheinbar unabwendbare Vorgänge und inhumane Sachzwänge zerstören, wenn sie nicht vom Einzelnen erkannt und in gemeinschaftlichem Handeln mit anderen angegangen werden, das Selbstbewußtsein, fördern irrationale Sehnsüchte nach vermeintlicher Sicherheit und Bestätigung der eigenen Person, sowie die Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt gegen vermeintlich Schuldige.

Antifaschistische Erziehung kann nicht, jedenfalls nicht unmittelbar, die sozialen Ursachen der Zerstörung von Persönlichkeit beseitigen. Sie kann auch nicht zu Selbstbewußtsein erziehen. Das ist Aufgabe allgemeiner demokratischer und humaner Bildung. Sie kann aber faschistischen Neigungen und Anfälligkeiten entgegenwirken, indem sie aufzeigt, daß Faschismus gesellschaftlich nur Scheinlösungen zu bieten hat und daß er individuell die Zerstörung von Persönlichkeit verstärkt. Selbstbewußtsein bildet sich in gelungener gesellschaftlicher Kommunikation und Interaktion. Erziehung kann zu seiner Förderung beitragen, aber sie nicht allein bewirken. Und sie kann der Deformierung von Bewußtsein entgegenwirken, die aus mißlungener Kommunikation und Interaktion resultiert.

Faschismus führt den Protest der Individuen gegen unbegriffene gesellschaftliche Mängel und Repressionen nicht zu rationaler kritischer Erkenntnis, sondern verhindert diese gerade. Er bestärkt die Irrationalität des Protestes und macht ihn somit verfügbar für Interessen, die nicht die der Protestierenden sind. Typisch für

den Faschismus ist das Ablenken von den realen Problemen und deren Ursachen, die Schaffung von Feindbildern und Sündenböcken, also die Bestärkung in Vorurteilen statt die Stärkung der Urteilskraft. Waren Antisemitismus und Antibolschewismus ein günstiger Nährboden für die Verbreitung des Nationalsozialismus und seiner Ideen, so können dies heute Ausländerfeindlichkeit und Antikommunismus für den Neofaschismus werden.

Faschistische Gemeinschaft, die als Erlösung aus individueller Misere angeboten wird - man denke an die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ - ist ein Produkt der Demagogie. Tatsächlich haben die Nationalsozialisten die politische Gemeinschaft der Deutschen, den demokratischen Verfassungsstaat, vollends zerstört und den von ihnen angeblich überwundenen Klassenkampf wieder offen und mit terroristischen Mitteln geführt. Gemeinschaft wurde in Gesellschaft und Betrieb propagiert, verordnet und organisiert. Sie ging nicht aus dem freien Willen und Handeln der Betroffenen hervor.

Ihr Ideal von Gemeinschaft suchen Faschisten außerhalb der realen Prozesse gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion zu verwirklichen, am liebsten in Organisationen und Aktionen militaristischer Art, in Aufmärschen, in kultischen Feiern um Krieg und Tod, in der Gemeinschaft der Uniformierten. Militarismus fördert Mentalität und Verhaltensweisen, die demokratischen und Selbstbewußtsein bildenden entgegengesetzt sind:

Gehorsam statt Selbstbestimmung, Amtsautorität statt in kritischer Diskussion ermittelter Vernunft, Befehl statt begründete und zu eigen gemachte Entscheidung, Denken in Freund-Feind-Gegensätzen statt ein auf allgemeine Humanität gerichtetes Denken, Bereitschaft zur Gewaltanwendung statt zur friedlichen Regelung von Konflikten. Zerstörung der Person, fehlentwickeltes Bewußtsein, politischer Irrationalismus: welche Möglichkeiten bietet die Geschichte der Emslandlager einer antifaschistischen Erziehung?

Wir gehen davon aus, daß Einstellungsveränderungen durch Wechsel von Identifikationen, durch Abwendung von alten und Zuwendung zu neuen Identifikationsobjekten erreicht werden können. (Ich spreche bewußt nicht von Identifikationsobjekten, weil wir uns als Subjekte nicht mit Objekten, sondern nur mit anderen Subjekten, mit Handlungen und Haltungen von Menschen identifizieren.) Der Zerstörung von Identifikationen mit Faschisten folgt der Verzicht auf Parteinahme für den Faschismus. Bei den Emslandlagern begegnen wir nicht den imposanten Marschkolonnen, die nicht erkennen lassen, daß der Einzelne in ihnen bedeutungslos, auswechselbar ist, und nicht dem strahlenden Kriegshelden, dessen unbefangene Freude das Leid nicht vermuten läßt, das seine Heldentaten fremden Völkern gebracht haben. Wir begegnen Wachleuten, die ungeschminkt nationalsozialistische Wirklichkeit zeigen: dem autoritätsfixierten „Pflichtbewußten“, der stur und unbeeindruckt Befehle ausführt, dem feigen Schläger und dem verklemmten Sadisten, die Selbstverachtung und Komplexe in Gewalttätigkeiten gegen Wehrlose entladen, dem Mittellosen, der sich mit dem Versprechen auf Siedlerstellen ködern ließ, dem Abgestumpften, der nur noch mitmacht, weil er nicht mehr die Kraft findet auszubrechen, dem Idealisten, dessen Illusio-

nen über den Anbruch eines neuen Zeitalters nationaler Größe im täglichen miesen Strafvollzug zerplatzen. (13)

Wo begegnet uns Heldentum, wo eine Haltung, die Respekt abnötigt? Wo steht einer auf, protestiert, solidarisiert sich in irgendeiner Weise mit den Häftlingen? Der „alte Fritz“, ein unscheinbarer und unbekannter Justizbeamter, stellt sich gegen die SA und setzt sich durch. (14) Der eine oder andere Kneist wagt verstohlen eine freundliche Geste. Diese Beispiele führen weiter zu den Häftlingen, bereiten Identifikationen mit ihnen vor.

Identifikation verlangt nicht die volle Übereinstimmung im politischen Bewußtsein. In der besonderen Situation der Verfolgung und des Widerstandes kann sich ein Christ mit einem Kommunisten und ein Atheist mit einem Mitglied der Bekennenden Kirche identifizieren. Zur Identifikation genügt die Achtung vor der Würde des Anderen, die schon im Vorfeld politischer Überlegungen Mitgefühl und Zuwendung entstehen läßt. In der Regel wird es leichter sein, die Erbärmlichkeit des Gewalttäters als die Würde des Opfers zu zeigen. Moralische Überlegenheit imponiert auch dem, der sich verschließen möchte, aber Erbarmungslosigkeit erkennt nur, wer sich erbarmen kann.

Eine Identifikation dürfte sich z.B. schnell einstellen mit Friedrich Ebert, der sich ruhig und fest den Zumutungen der SS widersetzte und sich damit behauptete. Der ermordete Fritz Husemann war der Unterlegene, für schwache Charaktere keine Empfehlung. Aber indem der Sterbende Feigheit und Zynismus seiner Mörder aufdeckte, bewies er eine moralische Überlegenheit, die auch den beeindruckten und zur Umkehr anstoßen könnte, der lieber mit den Mächtigen geht. Am schwierigsten für Gewaltträumer wird die Identifikation mit den Opfern von Mordlust, die unfähig zur Gegenwehr waren, wie der Magdeburger Student, der seine Mörder durch nichts herausforderte als durch Ungechicklichkeit bei der Arbeit und durch seine Brille. (15) Wen hier das Erbarmen mit dem Geschundenen und die Wut über die Schinder packt, der hat faschistische Mentalität überwunden.

Aus Sympathie gewonnene Identifikation mit den Verfolgten des NS-Regimes bricht Vorurteile auf und kann zu politischer Einsicht geführt werden. Die Leichenberge von Auschwitz eignen sich nicht zum „Einstieg“ in eine antifaschistische und allgemein humane Erziehung. Und das nicht nur aus Gründen der Pietät. Mit dieser grausigen Wirklichkeit kann nur umgehen, wer antifaschistische Identifikationen mit Personen erworben hat, deren Denken, Handeln und Leiden bekannt und somit nachvollziehbar sind. Der Prozeß der Identifikation von Sympathie mit den Verfolgten über die Preisgabe von Vorurteilen zu antifaschistischem Bewußtsein ist keine pädagogische Utopie. Manch ein Deutscher hat ihn vollzogen und gedenkt mit den ehemaligen Häftlingen des 8. Mai als eines Tages der Befreiung.

3.2. Antikommunismus

Im Rahmen einer einwöchigen Veranstaltungsreihe zu den Emslandlagern vor einigen Jahren in Oldenburg stellten wir in der Galerie einer Buchhandlung Bilder über KZs aus. Die Reporterin einer Oldenburger Wochenzeitung fragte mich als erstes, ob wir es nicht für notwendig hielten, in dieser Ausstellung auch Bilder über russische Strafgefangenenlager zu zeigen. Ich konnte verblüfft nur mit „nein“ antworten, und vielleicht war diese kurze Antwort die beste.

Einige Zeit später sah ich mir das Gelände beim ehemaligen KZ Esterwegen an, dem jetzigen Bundeswehrdepot, das der damalige Verteidigungsminister Apel dem Verein für den Bau eines DIZ zugesagt hatte, was Wörner inzwischen wegen „Eigenbedarfs“ rückgängig gemacht hat. Mir folgte ein Wagen mit dem dortigen Kennzeichen. Ein Mann stieg aus, der mich auf die Lager ansprach. Meine Hoffnung, von einem möglichen Augenzeugen Näheres zu erfahren, war schnell zerstoßen. Schon beim zweiten Satz war der Gesprächspartner bei den russischen Strafgefangenenlagern. Über Esterwegen wußte er nichts zu sagen, oder er wollte nicht. Es drängte ihn offenbar nicht.

Beide Fälle zeugen von dem hierzulande immer noch gängigen Antikommunismus. Die Verurteilung der Strafgefangenenlager in der Sowjetunion sollte auch für den selbstverständlich sein, der nicht Antikommunist ist. Nicht darum geht es hier, sondern um die besondere Funktion des Antikommunismus. Er bewirkt, daß Vergangenheit nicht aufgearbeitet wird, nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen wird. Sie wird verdrängt. Der Blick verweilt nicht auf den stummen Zeugen von Leid und Verfolgung, er schweift sofort ab. Antikommunismus wird zum Vehikel, der eigenen Vergangenheit zu entgehen, und dient womöglich der Schuldentlastung.

Wäre Antikommunismus nur ein individuell-psychisches Problem, brauchte er nicht Gegenstand öffentlicher Erziehung zu sein. Er ist aber gesellschaftlich und politisch weit verbreitet und blockiert reale politische Einsichten, nicht nur bei der Aufarbeitung der Vergangenheit. Der intransigente Antikommunismus, der etwas ganz anderes ist als die notwendige Kritik am Kommunismus, droht die fruchtbare Auseinandersetzung um das gemeinsame Erbe der Aufklärung, um Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Frieden zu ersticken. Eine Grundannahme des Antikommunismus ist die Wesensgleichheit von Kommunismus und Nationalsozialismus. Dieser Fehlsicht beugt schon der simplen, aus der Beschäftigung mit den Emslandlagern schnell zu gewinnenden Erkenntnis vor, daß die Nationalsozialisten unter ihren politischen Gegnern vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten verfolgt haben. Es geht offenbar um anderes als um den Kampf feindlicher Brüder, der Demokraten nicht zu interessieren brauche. Mit der Notverordnung vom 28. Februar 1933 wurden „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ die Reste der Demokratie vernichtet. (16) Aus diesem historischen Faktum sollte die Option gegen den Antikommunismus und für einen vorurteilsfreien, kritischen Umgang mit Kommunisten folgen, wie er in allen anderen westeuropäischen Demokratien üblich ist. Eine Gedenkstätte für die

Opfer der NS-Diktatur, antifaschistische Erziehung überhaupt, ist mit Antikommunismus nicht vereinbar. Das mag ein Grund dafür sein, daß Gedenkstättenarbeit in der Bundesrepublik so schwer in Gang kommt.

Exkurs: Warum Berning?

Der Besuch Bischof Bernings bei den Strafgefangenenlagern 1936 kann noch heute kaum erwähnt werden, ohne große Resonanz auszulösen. Fast gewinnt man den Eindruck, daß die Fehlleistung eines Bischofs mehr Betroffenheit erzeugt als das Leiden und Sterben Tausender. Vielfältig sind die Bemühungen, Berning, der 1949 als Titularerzbischof geehrt wurde, zu rechtfertigen oder wenigstens doch für ihn Verständnis zu erreichen. So wurde z.B. in einem Leserbrief ein Vergleich zwischen Bischof Berning und Kardinal Glemp angestellt mit dem Ergebnis:

„In Extremsituationen ist es schwer zu entscheiden, ob eine Politik der Beruhigung und begrenzten Zusammenarbeit oder aber eine solche der offenen Konfrontation die richtige ist.“ (17)

Das ist unbestreitbar, und niemandem wird es einfallen, aufgrund eines einzelnen Vorgangs eine allgemeine Be- oder gar Verurteilung Bernings zu wagen. Der Besuch hat in unserem Zusammenhang eine andere Bedeutung.

Wer über die Emslandlager informiert, wird gefragt, wie denn die Bevölkerung darauf reagiert habe. Dies ist sehr schwierig zu beantworten. Das allgemeine Schweigen, das sich bald nach 1945 über die Stätten der ehemaligen Lager legte, hat auch die vielen einzelnen Zeugen verstummen lassen. Wir können zunächst nur feststellen, wie die Öffentlichkeit durch die Zeitung über die Lager unterrichtet wurde, welche Einstellung durch Propaganda geweckt werden sollte. Dem großaufgemachten Bericht über den Besuch Bernings in der Ems-Zeitung kommt dabei sicher ein hoher Stellenwert zu (18). Für die Wirkung auf die Leser ist es unerheblich, wie weit er zutreffend oder entstellend ist, er mußte nur glaubwürdig sein. Versuchen wir durch Aktualisierung die Wirkung nachzuvollziehen, indem wir den angesprochenen Vergleich mit Kardinal Glemp aufnehmen:

Tausende von Mitgliedern der Gewerkschaft Solidarität werden verurteilt und auf Jahre hinaus mit anderen wegen krimineller Delikte Verurteilten in Lager gebracht. Sie haben schwere Arbeit in abgelegenen Sümpfen an der weißrussischen Grenze zu leisten. Eine besonders zusammengestellte Einheit der kommunistischen Partei Polens übt an Stelle staatlich ausgebildeter Strafvollzugsbeamter die Aufsicht aus. Mißhandlungen sind an der Tagesordnung. Diese Lager besucht nun Kardinal Glemp. Er kümmert sich darum, ob Gottesdienst gehalten werden kann, äußert sich lobend über die Erfolge der Kultivierungsarbeit und sagt abschließend zu den kommunistischen Wachleuten: Alles, was geschehen ist, entspringt der Initiative und dem Weitblick unseres Ministerpräsidenten Jaruzelski. Unserm Vaterland, unserer Heimat und unserem Ministerpräsidenten ein dreifaches Sieg-Heil! (19)

Die Verfremdung macht deutlich, wie weit Bischof Berning gegangen ist oder welche aufsehenerregenden Worte ihm wenigstens in den Mund gelegt werden konnten und wie verheerend der Bericht der Ems-Zeitung gewirkt haben mußte. Aber ist es korrekt, in diesem Zusammenhang von „Bischof“ zu sprechen? In seiner Ansprache an den Kommandeur Schäfer und an die „lieben SA-Männer“, die mit dem zitierten Lobspruch endet, trifft Berning eine Unterscheidung, die im

ganzen Artikel offenbar bewußt eingehalten wird. Als Bischof dankt er für die Möglichkeit „geregelter Gottesdienstes“ in den Lagern, als preußischer Staatsrat für die geleistete Kultivierung. Vielleicht wollte Berning mit seinen politischen Äußerungen sein kirchliches Amt nicht belasten, vielleicht wollte er auch nur der Erwartungshaltung der Nationalsozialisten entsprechen, daß geistliche Würdenträger sich nicht in Staats- und Parteiangelegenheiten einzumischen hätten. Wie weit eine solche Unterscheidung für einen Bischof überhaupt zulässig ist, wieweit sie von den emsländischen Lesern verstanden werden konnte, ist nicht einfach zu beantworten. Wenn aber Berning sie gemacht hat, sollten wir sie bei der Darstellung seiner Handlungen berücksichtigen. Im übrigen sollten unsere Ansprüche nicht zu rigoros sein. Auch Bischöfe können wie jedermann politischen Irrtümern unterliegen.

4. Die Emslandlager in der Regionalgeschichte

Die Emslandlager sind eine nationalsozialistische Einrichtung. Aber sie gehören zugleich einer Region an, von der sie auch ihren Namen haben. Also liegt es nahe, Gedenkstättenarbeit, Forschung und Lehre, regionalgeschichtlich auszurichten. Doch was ist eigentlich Regionalgeschichte? Ist sie die Geschichte einer räumlich zu bestimmenden Region oder die einer Bevölkerung, die sich durch gemeinsames regionales Bewußtsein als Einheit versteht, oder ist sie allgemeine Geschichte in einer Region? (20) Darüber nachzudenken sahen wir uns durch folgendes Erlebnis veranlaßt:

In einer Diskussion über Räume für das Aktionskomitee hörten wir den abwehrenden Ausruf: „Erst haben die uns die Lager hingezogen, und jetzt auch noch das!“ Wir waren zunächst sprachlos über die mangelnde Bereitschaft, politisch aufzuklären und der Opfer zu gedenken – die im übrigen nicht zu verallgemeinern ist. Aber der Ausruf stimmte auch nachdenklich. Ist nicht die provinzielle Beschränktheit, von der er zu zeugen scheint, ein Reflex auf ein nationales Defizit, auf die allgemeine Unfähigkeit, Vergangenheit zu bewältigen? Müssen nicht die Esterwegener statt allgemeiner öffentlicher Anerkennung Verständnislosigkeit, gar den Vorwurf befürchten, sie träge eine besondere Verantwortung für diese Lager? Wie ist andererseits die Ansicht zu beurteilen, daß diese Region offenbar nichts mit den Lagern zu schaffen habe, daß diese gar nicht zur Geschichte der Region gehörten?

Um hierauf eine Antwort zu finden, müssen wir uns zunächst Klarheit verschaffen, was wir unter Regionalgeschichte verstehen wollen. Wir gehen dabei von einer Unterscheidung zur Heimatgeschichte aus. Unter moderner Regionalgeschichte werden soziale, ökonomische, demographische Veränderungsprozesse der Bevölkerung in einer Region verstanden. Regionalgeschichte ist Sozialgeschichte in räumlicher Begrenzung und Besonderheit. Grundlegend ist das Allgemeine, der Prozeß der „Modernisierung“, der Aufbruch in das technisch-industrielle Zeitalter. Jede Region liefert dazu ihren durch Natur und Geschichte eigentümlich geprägten Beitrag. Geographische Beschaffenheit, Bodenschätze, bodenständige Gewerbe, verkehrsgünstige Lage, das alles sind regionalspezifische Voraussetzungen, die den Modernisierungsprozeß der Neuzeit mitbestimmen, ihm regionale Färbung geben.

Regionalgeschichte läßt sich aber noch weiter in der Geschichte zurückverfolgen. Europäische Geschichte überhaupt ist bei aller Gleichheit sozialer, politischer und kultureller Prozesse eine Geschichte von Regionen. Flandern, die Toscana, die Provence waren jahrhundertlang Stätten europäischer Geschichte, bis sie durch überregionale, nationale Gebilde überlagert und aufgesogen wurden. Auch das Emsland ist eine solche Region, wenn auch gewiß ohne große europäische Bedeutung.

Heimatgeschichte thematisiert demgegenüber weniger gesellschaftlichen Wandel als soziales Beharren. Sie ist sozial begrenzt. Heimat besitzt, wer in der Heimat Besitz hat. Bodenständige und seßhafte Bauern und Handwerker begründen Hei-

mat, indem sie untereinander personale familiäre und freundschaftliche Beziehungen in einem festen und überschaubaren Lebensraum eingehen. Heimat ist Zusammengehörigkeit, die durch Generationen gewachsen ist. Der Verlust der Heimat ist schmerzlich und nicht gleich ersetzbar. Sie bindet auch noch in einer Welt, in der wachsende kulturelle Kommunikation und wirtschaftliche Verflechtung Grenzen und Begrenztheit zunehmend aufheben, und in der Gleichheit der Gedanken, Interessen und Arbeitsverhältnisse stärker Identität stiftet als althergebrachtes, räumlich bestimmtes Zusammenleben.

Was bedeuten diese Überlegungen für die regionalgeschichtliche Einordnung der Lager? Ein Kapitel Heimatgeschichte bilden sie bestimmt nicht. Sie sind auch nicht einfach Regionalgeschichte. Zwar sind sie in der emsländischen Region zu verorten, aber sie sind nicht aus ihr erwachsen. Zur Erklärung ihrer Entstehung genügt nicht der Hinweis auf regionale Besonderheiten, und emsländisches Selbstbewußtsein kann sich schon deswegen in ihnen nicht wiederfinden. Die Lager gehören zunächst zur Geschichte des nationalsozialistischen Staates. Ihre Geschichte ist überregionale Geschichte, die sich in der Region vollzogen hat – und dabei allerdings Regionalgeschichte wesentlich mitbestimmt hat. (21)

Regionale Besonderheiten, Moore, dünne Besiedlung und abgeschiedene Lage, führten zur Wahl des Emslandes als Standort für die Lager. Fremde, faschistische Geschichte, wurde importiert. Der Nationalsozialismus etablierte sich in der Region und konfrontierte die mittelständische Provinz mit den sozialen Gegensätzen der industriellen Zentren, die er mit seinem Terror politisch aktualisiert hatte.

Das Emsland ist katholisch. Seine Bevölkerung wählte mehrheitlich Zentrum und tat so das ihre, daß sich dieser „Turm“ im braunen Meer behaupten konnte. Sie bildete das klassische Milieu der Resistenz. Sie suchte nicht den Widerstand, hielt sich aber im Großen und Ganzen doch immun gegenüber nazistischen Einflüssen. Anders liegt der Fall allerdings, wo es sich nicht um ideologische Zumutungen einer Partei, sondern um die Partizipation an materiellen Ressourcen und Möglichkeiten einer staatliche Regierung handelte.

Verwaltungsbeamte im Emsland und in Osnabrück verfolgten ehrgeizige Kultivierungspläne, wobei ihnen die Mittel letztlich gleichgültig waren. (22) Am deutlichsten zeigt dies die Kontinuität der Planungen über 1945 hinaus. Die Planungsvorhaben änderten sich nicht. Nur die Arbeitsinstrumente wurden ohne jeden weiteren Kommentar ausgetauscht: Menschen wurden durch Maschinen ersetzt. Sicher die humanere Lösung. Aber bestürzend ist doch die vorangegangene und später nicht eingestandene Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Menschen, wenn es um die Verfolgung an sich guter Ziele geht. Menschen waren offenbar nur statistische Werte, waren Arbeitskräfte, von denen nur die in Ziffern ausdrückbare Leistung interessierte. Sie wurden gebraucht und sie wurden verbraucht. Sie waren Ziffern auf geduldigem Papier. Haben heute in den Planungen militärischer Stäbe und Konzerne Menschen einen höheren Wert?

In den Bannkreis des Faschismus geriet auch das regionale Gewerbe. (23) An der Errichtung der Lager war nicht wenig zu verdienen. Was heißt verdienen? Sie erscheinen vielfach als letzte Rettung der gewerblichen Existenz. Wir erfahren hier



„Hinweisschild“ auf die Gedenkstätte des Lagerfriedhofs Bockhorst/Esterwegen

die Unmöglichkeit des Einzelnen, sich den von der nationalsozialistischen Obrigkeit gesetzten „Sachzwängen“ zu entziehen. Besonders schwierig wird die Beurteilung, wenn es um den Einsatz von Häftlingen in Privatbetrieben geht. Objektiv bedeutete dieser für die Betroffenen in der Regel eine Verbesserung, vielleicht sogar eine lebenswichtige. Aber was bewog den Unternehmer? Mitleid oder Gewinnsucht, oder wurde ihm ganz einfach zugeteilt, und er wagte nicht zu protestieren? Wieviel bedeutete das Stück Brot, das die Bäuerin dem Kriegsgefangenen auf dem Hof zusteckte? Wie wenig wissen wir von solchen Hilfen? Es ist eine Folge des Verschweigens der Geschichte der Emslandlager, daß auch die guten Taten unbekannt blieben.

In der emsländischen Bevölkerung traten faschistische Mentalität, Denk- und Verhaltensweisen nicht besonders hervor, nicht einmal allgemeine militaristische oder aggressive Einstellungen gegen Minderheiten und Außenseiter. Dennoch hat der Nationalsozialismus seine Terrorsinrichtungen rasch und problemlos installieren können. Er brauchte nur an alltägliche, existenzielle Bedürfnisse der Menschen anzusetzen. Bereicherung und Gewinnsucht, nicht aber die Befriedigung notwendiger materieller Bedürfnisse können moralisch verurteilt werden. Tut sich ein Widerspruch zwischen notwendigen materiellen und moralischen Bedürfnissen auf, dann haben wir danach zu fragen, wie sich der Widerspruch vermeiden läßt, wie die Menschen Subjekt ihres Handelns werden können. Unter solchen Fragen wird Regionalgeschichte fruchtbar für demokratische Bildung.

5. Wie „arbeitet“ eine Gedenkstätte?

Konfrontiert mit den Plänen des Aktionskomitees bzw. seiner Vorgänger wurde von Seiten der Regierung auf Bergen-Belsen verwiesen, wo das Land Niedersachsen schon eine größere Gedenkstätte erstellt habe. (24) Dies offenbart eine spezifisch ministerialbürokratische Perspektive. Für Kranzniederlegungen und Ansprachen an hohen Feiertagen und bei Staatsbesuchen reicht eine Gedenkstätte im traditionellen Sinne gewiß aus. Die gibt es inzwischen auch im Emsland. Sogar zwei an einem Platz.

In der Auseinandersetzung um den Erhalt der Lagerfriedhöfe errichtete die Bezirksregierung Osnabrück im Auftrag des Landes eine Gedenkhalle auf dem Friedhof am Küstenkanal. Das war verdienstvoll und entbehrte doch zugleich nicht der Peinlichkeit. So führt dieser Platz immer noch die nichtssagende Bezeichnung „Begräbnisstätte“, ist für den Ortsunkundigen also gut getarnt. Es soll vorgekommen sein, daß im Emsland nicht selten vorkommende steinzeitliche Großgräber vermutet wurden.

Jahre vorher schon hatte hier die Essener Gewerkschaftsjugend der IG Bergbau und Energie einen Gedenkstein für Carl von Ossietzky gesetzt und damit diesen Friedhof zu einem Ort öffentlichen Gedenkens gemacht. Das hat die Regierung bei ihrer Planung leider nicht berücksichtigt. Nun können Besucher wählen, wo sie sich versammeln wollen.

Noch enttäuschender war, daß diese Gedenkhalle ein Ersatz für eine informierende Gedenkstätte sein sollte. Das Aktionskomitee konnte diese Lösung nicht als ausreichend akzeptieren, und der Landkreis sah dies offenbar ähnlich. Er beschloß, eine Dokumentation herauszugeben, die an der Universität Münster von Prof. Kosthorst und Bernd Walter erstellt wurde. (25) Für das Aktionskomitee ist sie eine wichtige Hilfe bei der Ausübung seiner schon länger betriebenen Bildungsarbeit. Rundfahrten zu den Stätten der ehemaligen Lager, Seminare, Vorträge, kleinere Publikationen machen das Bildungsangebot des Aktionskomitees aus, das inner- und außerhalb der Region auf zunehmendes Interesse stößt. (26) Die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse wirkt auf die wissenschaftliche Forschung zurück. Es gehört zu den Aufgaben der Bildungsstätte, den Bedarf an Forschungsarbeiten für Bildungsarbeit anzumelden, selbst wissenschaftliche Materialien zu sammeln und zu sichten und in den forschenden und didaktischen Umgang mit diesen Dokumenten einzuführen.

Eine Gedenkstätte hat nicht nur Archivalien, sondern alle historischen Überreste zu bewahren und zu pflegen, ganze Gebäude wie einzelne Gegenstände. Sie bilden den Kernbestand einer Dauerausstellung, die im Zentrum jeder Gedenkstättenarbeit steht. Soll eine solche Ausstellung mehr als einem politischen Bildungstourismus dienen – wobei die Leistung einer Gedenkstätte an der Zahl der durchreisenden Businsassen gemessen wird – müssen nicht nur Führungen angeboten werden, es müssen auch Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß an der Ausstellung Gruppen mit Hilfe weiterer Materialien und Medien vertiefend arbeiten können.

Materialien müssen nicht nur für die Ausstellung, sondern auch für den von ihr unabhängigen Unterricht didaktisch aufbereitet werden, Medien müssen erstellt werden. Es gibt viele Möglichkeiten: Eine Dia-Schau mit alten Photographien, eine Dia-Tonschau, die eine Handlung wiedergibt, z.B. eine Rundfahrt zu den Lagern, Interviews mit ehemaligen Häftlingen auf Kasette oder als Video-Aufzeichnung bis hin zu Bio-Interviews, d.h. gefilmte Interviews, in denen der Interviewte seinen Lebenslauf erzählt, der mit historischen Dokumenten unterlegt wird. (27) Anspruchsvolle Medien erfordern flexible Unterrichtseinheiten, in deren Rahmen sie sinnvoll genutzt werden können. Unterrichtseinheiten müssen für alle Schulstufen und -arten, für Jugendgruppen und Erwachsenenbildung erstellt werden. Sie können eine Gesamtinformation zu den Lagern enthalten oder einen Einstieg in eine allgemeine Unterrichtseinheit über den Nationalsozialismus vermitteln. Sie können auch einer speziellen Problematik gewidmet sein, wie etwa den Kultivierungsarbeiten der Häftlinge, die wiederum als ein abgeschlossener Komplex oder als Teilgebiet eines Gesamtkomplexes, also der Moorkultivierung insgesamt, behandelt werden kann. Die Emslandlager bilden kein spezielles und abgegrenztes Sachgebiet, das im Geschichtsunterricht seinen festen Platz hat. In vielen Fächern und Zusammenhängen und unter vielen Fragestellungen verdienen sie Berücksichtigung. Phantasie und Arbeitseifer sind so schnell keine Grenzen gesetzt. Ein Intensives und gediegenes Bildungsprogramm erfordert eine wissenschaftlich und didaktisch qualifizierte Betreuung. Lehrern und anderen Bildungsträgern müssen die Materialien vorgestellt, sie müssen in die Arbeit mit ihnen eingeführt werden. Sie sollen die aufbereiteten Materialien in einen selbst gestalteten schöpferischen Unterricht einbringen. Insbesondere kann ein projektartiges, produktorientiertes Lernen nicht nach streng vorgegebenen Unterrichtseinheiten ablaufen. Lehrer und Schüler müssen anhand bereitgestellter Materialien selbst ihren Weg zum gewünschten Ziel finden. Produkte können ein Lesebuch für jüngere Schüler sein, die Anfertigung eines Lagers oder einer Baracke im Modell, die Erstellung einer „Radiosendung“ mit Interviews usw. (28)

Dies ist nur ein Einblick in die Möglichkeiten und Aufgaben einer arbeitenden Gedenkstätte, eines DIZ. Das hier vorgelegte Konzept ist zwar schon vor Jahren vom damaligen Arbeitskreis Carl-von-Ossietzky in Umrissen entwickelt worden, inzwischen aber kann es längst nicht mehr als eine Besonderheit gelten. (29) Manche Ideen scheinen in der Luft zu liegen. So auch diese, daß eine Gedenkstätte aktive Bildungsarbeit zu leisten habe. Erste Verwirklichungen solcher Konzeptionen gibt es nunmehr an verschiedenen Orten, wie in Neuengamme, in der alten Synagoge in Essen und in der Wewelsburg bei Paderborn. Zweimal im Jahr treffen sich die Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in der Bundesrepublik unter organisatorischer Leitung der Aktion Stühnezeichen/Friedensdienste und mit Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im regelmäßigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch schälen sich gemeinsame Grundvorstellungen heraus.

Das DIZ-Emslandlager weist mit der Vielzahl und Verschiedenartigkeit der Lager seine Besonderheit auf. Die Gedenkstätte, die jetzt in Papenburg ihre Arbeit auf-



Das DIZ in Papenburg

nimmt, steht nicht am Ort des Geschehens. Papenburg war Sitz der zentralen Verwaltung, hatte aber kein Lager. Die Arbeit läßt sich somit nicht auf ein Lager oder Stammlager konzentrieren, auf dessen Gelände man sich befindet, dessen Überreste vor Augen sind. Der genius loci macht nicht betroffen, stimuliert nicht das Interesse. Will man alle Stätten der ehemaligen Lager besuchen, benötigt man einen ganzen Tag, zu aufwendig für normalen Schulunterricht oder ein Wochenendseminar. Die Lager lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Die Unterschiede zwischen den ersten Konzentrationslagern und den Kriegsgefangenenlagern, zwischen den Strafgefangenenlagern der Vorkriegszeit und den Außenlagern vom KZ Neuengamme dürfen nicht verwischt werden, soll nicht alle Erkenntnis in einer diffusen Vorstellung von Terror verschwimmen. Dies alles sind Erschwernisse für die Bildungsarbeit zu den Emslandlagern, in denen aber auch Chancen zu differenzierter und vertiefter Erkenntnis über das Terrorsystem des Nationalsozialismus liegen. Insgesamt ist das DIZ in seiner Zielsetzung und Arbeitsweise ein typischer Vertreter bundesweiter Gedenkstättenarbeit.

Anmerkungen

1. Von Klaus Bergmann wurde der Begriff „Multiperspektivität“ in die Geschichtsdidaktik eingeführt (Personalisierung im Geschichtsunterricht, Stuttgart 1977). Multiperspektivität, also die Fähigkeit, unterschiedliche Sichtweisen und Bewertungen nachvollziehen zu können, ist unerlässlich für den Aufbau eines reflektierenden Geschichtsbewußtseins. Sie darf aber nicht zu dem Irrtum verleiten, daß Perspektiven für den historischen Erkenntnis- und Bildungsprozeß gleichrangig seien.
2. Trotz etlicher Materialien in der Dokumentation von Erich Kosthorst und Bernd Walter, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich – Beispiel Emsland, Düsseldorf 1983, ist die Erforschung der Kriegszeit noch zu leisten.
3. Aus der zeitgenössischen Arbeiterbewegung gibt es viele Theorien über den (italienischen) Faschismus und daran anknüpfend über den Nationalsozialismus. Man denke etwa an Clara Zetkin, Otto Bauer, Thalheimer, Reich und Dimitroff. Für die erste Orientierung gut brauchbar: Klaus Fritzsche, Faschismustheorien, in: Handbuch politischer Theorien und Ideologien, hg. von Franz Neumann, Reinbek 1972
4. Die Kritik entzündete sich vor allem an dem Werk des Moralthologen Hermann Busenbaum, *Medulla theologiae moralis*, Münster 1645.
5. Zum Begriff „Gewalt“ vor allem Johann Galtung, Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: Kritische Friedensforschung, hg. von Dieter Senghaas, Frankfurt/M. 1981.
6. Knappe Zusammenfassung zum Wachpersonal bei Erich Kosthorst, *Die Lager im Emsland unter dem NS-Regime, 1933 - 1945*, GWU 1984, S. 377 f.
7. S. das Kapitel „Zirkus Konzentrazani“ bei Wolfgang Langhoff, *Die Moorsoldaten*, Stuttgart 1974.
8. Werner Koch, *Sollen wir K. weiter beobachten?* Stuttgart 1982, S. 195 f.
9. Zum Widerstand siehe das Schlußkapitel im vorliegenden Beitrag von Elke Suhr.
10. Vgl. etwa Willy Perk, *Hölle im Moor*, Frankfurt/M. 1979 über Friedrich Ebert und Wilhelm Leuschner, S. 78 f.
11. Langhoff a.a.O. S. 212 f.
12. Bericht von Alfred Benjamin o. Datum, DIZ-Archiv.
13. Charakteristiken bei Langhoff a.a.O. S. 179 f. und in der Einleitung zu den Prozeßberichten bei E. Kosthorst u. B. Walter a.a.O. Bd. II, S. 2047 ff.
14. Über den „alten Fritz“ berichtet Ernst Walsken aus seiner Haftzeit im Aschendorfermoor 1937. S. auch die Publikation seiner Zeichnungen aus der Haftzeit: *Warten auf die Freiheit*, Wuppertal 1984.
15. Bericht von Heinz Hentschke in der demnächst erscheinenden Arbeit von Elke Suhr, *Die Emslandlager 1933 - 1945*, Bremen 1985

16. Text bei E. R. Huber, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte Bd. III*, Stuttgart 1966, S. 602 f.
17. Leserbrief von Dr. Walter Köppel in *Meppener Tagespost* 27.2.1984
18. *S. Ems-Zeitung* vom 26.6.1936
19. Man ersetze Ministerpräsident durch Führer und Jaruszelski durch Adolf Hitler, und man erhält ein wörtliches Zitat nach der *Ems-Zeitung*.
20. Als Einstieg in die umfangreiche Literatur s. *Geschichtsdidaktik 1984 Heft 2: Regionalgeschichte und Geschichtsunterricht*.
21. Bei *Kosthorst a.a.O.* S. 370 liest man übereinstimmend, „daß es sich bei der Geschichte der Emslandlager um einen bisher wenig bekannten Teil der Geschichte des NS-Regimes handelt, die von außen in die abgelegene Moorlandschaft eingepflanzt und hier verwirklicht wurde . . .“
22. Vgl. vorliegenden Beitrag von Elke Suhr, S. 35 f.
23. Vgl. *Dokument* S.
24. S. u.a. *Ems-Zeitung* vom 20.3.1980, abgedruckt in: *Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland*, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1981.
25. Titel s. Anm. 2
26. Über die bisherige Arbeit der Aktionskomitees ausführlicher Werner Boldt u.a., *Emslandlager*, in: Detlev Garbe (Hg.): *Die vergessenen KZs?*, Bornheim-Merten 1983
27. Vorbildlich für ein Bio-Interview Gabriele Hübner-Voß, *Das Leben des Bergarbeiters Alphons S.*, Kopie in der Mediothek des Bilibotheks- und Informationssystems der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.
28. Anregungen bei Ingo Scheller, *Erfahrungsbezogener Unterricht*, hg. vom Zentrum für pädagogische Berufspraxis, Oldenburg o. J.
29. Die ursprüngliche Konzeption abgedruckt in der Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung, s. Anm. 24

Literaturverzeichnis

Archiv für Landes- und Volkskunde von Niedersachsen, Hannover, 1940 - 1943

Beiträge zur Landeskunde des Hannoverschen Emslandes, Oldenburg, 1939, Hrsg.: H. Schultz

M. Broszat: Konzentrationslager 1933 - 1945, in: Anatomie des SS-Staates, München 1967, Bd. 2, Hrsg.: H. Buchheim, Deutsche Justiz 1933 - 1945

C. Brusselairs: Il Ne Nous Reste Plus Tellement De Temps pour Faire Entendre Notre Voix, Antwerpen 1981

G. Förster: Der preußisch-deutsche Generalstab. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte 1640 - 1965, Berlin (DDR) 1965

L. Gruchmann: „Nacht- und Nebel“-Justiz, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1981, S. 342 ff.

F. Gürtner/R. Freisler: Das neue Strafrecht, Berlin 1936

U. von Hehl: Bischof Berning und das Bistum Osnabrück im „Dritten Reich“, in Osnabrücker Mitteilungen 1980, Bd. 86

Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes, Lingen

E. Kogon: Der SS-Staat, München 1974

E. Kosthorst/B. Walter: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland, Düsseldorf 1984

W. Langhoff: Die Moorsoldaten, Frankfurt 1982

A. Leber: Das Gewissen steht auf, Berlin 1954

M. Messerschmidt: Deutsche Militärgerichtsbarkeit im Zweiten Weltkrieg, in: Die Freiheit des anderen, Baden-Baden 1981

W. Perk, die Hölle im Moor, Frankfurt/M 1979

F. Pingel: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978

E. Suhr: Die Emslandlager 1933 - 1945, Bremen 1985

Dies.: Das KZ im Pfarrgarten, Ein Panzergrabenkommando für den Friesenwall, Aurich Engerhufe 1944, Oldenburg 1984

C. Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 - 1945, Stuttgart 1978

Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 - 1945, Berlin 1982, Hrsg.: R. Löwenthal, Patrik zur Mühlen

Bisherige Veröffentlichungen der Kooperationsstelle Oldenburg

- Broschüre 1: Ringvorlesung „Regionale Energiepolitik“
Oldenburg, 1983
- Broschüre 2: Produktumstellung – Alternative zur Arbeitslosigkeit
Autoren: H. Büsing, U. Petersen, E. Schmidt, D. Scholz,
Z. Wodtke
Oldenburg, 1983
- Broschüre 3: Lärm am Arbeitsplatz
Autoren: N. Keßeler, U. Radek
Oldenburg, 1984

Diese Broschüren sind kostenlos über die Kooperationsstelle Oldenburg, Kaiserstraße 4-6, 2900 Oldenburg, Tel: 04 41/2 52 22 zu beziehen.

In der „Schriftenreihe Kooperation Gewerkschaften-Hochschulen“ sind bisher erschienen:

- Heft 1: Das Konzentrationslager im Pfarrgarten – Ein Panzergraben-Kommando für den Friesenwall Aurich/Engerhufe 1944
Autorin: Elke Suhr
Preis: DM 6,-
- Heft 2: Ringvorlesung: Informationstechnologien
Herausgeber: Manfred Klöpffer
Preis: DM 5,-
- Heft 3: Arbeiten in Oldenburg
Autor: Harald Fengler
Preis: DM 5,-
- Heft 4: Beschäftigungskrise und Arbeitsmarktstrategien im Raum Wilhelmshaven/Friesland
Autor: Günter Ulrich
Preis: DM 5,-
- Heft 5: Kooperation zwischen Hochschule und Gewerkschaften in Oldenburg
Eine Dokumentation zum 10jährigen Bestehen der Kooperationsvereinbarung 1974 - 1984
Autorin: Silke-Katharina Brodauf
Preis: DM 9,-